2. JAHRGANG 1970 ERSCHEINT IN BERLIN 1.7.70 NR.11

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER -JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG

UNKOSTENBEITRAG 1.– DM

Sozialisten gegen Fürsorgelei

Politisierung des Jugendhilfetages in Nürnberg

Als die Genossen der Sozialistischen Aktion und die zahlreichen Sympathiesanten (insgesamt 500 bis 600) während der Eröffnungsveranstaltung am Sonntag im Foyer der Meistersingerhalle den Bayerischen CSU-Arbeitsminister P i r k l durch Sprechchöre (CSU - SA - SS) am Sprechen hinderten, wurde die Entschlossenheit demonstriert, diesen Jugendhilfetag den Veranstaltern aus der Hand zu nehmen und selbst zu gestalten.

Denn trotz der offiziellen Ankündigung, während des Jugendhilfetages die gesellschaftlichen Strukturen analysieren zu wollen, die das Leben der Kinder und Jugendlichen bestimmen und Versprechen, die Kinder und Jugendlichen in Nürnberg selbst reden zu lassen, war erkennbar, daß dieser Anspruch nicht eingelöst werden sollte.

Dafür sprechen mehrere Gründe:

Wer besuchte diesen Jugendhilfetag und wie waren die Voraussetzungen uman ihm teilnehmen zu "dürfen" ?

Die Zusammensetzung der Tagungsbesucher auf diesem Jugendhilfetag war ganz bestimmt nicht repräsentativ für das tatsächliche Verhältnis von höheren Verwaltungsbeamten, Theoretikern und dem großen Heer der Praktiker, die in der Jugendhilfe und Jugendpflege arbeiten.

Reichlich vertreten waren vor allem höhere Beamte und leitende Persönlichkeiten aus den Verbänden und Ausbildungsstätten. Dann erst kamen die praktizierenden Sozialarbeiter, sehr gering war der Anteil der Kindergärtnerinnen (viele Kindergärtnerinnen wissen gar nichts von der Existenz eines Jugendhilfetages) und total unterrepräsentiert waren die Heimerzieher. Als Ersatz gab es einige Besucher von der politischen Polizei. (Dem 4.DJHT stand ein Sonderkommando zur Seite)

Wie kam es zu diesem ungerechten Ausleseverfahren; das so gut geeignet ist, die Unmündigkeit der Praktiker aufrecht zu erhalten ?

Die Kostenübernahme für diese Tagung wurde für die Teilnehmer entsprechend ihrem Rang und Ansehen geregelt:je höher der Rang, je höher die Spesen. Delegierte der Institutionenbekommen alle Kosten ersetzt und zudem noch Tagegelder. Auch ist es für jeden höheren Beamten selbstverständlich, daß er alle Fahrt- und Tagungskosten zurückerstattet bekommt. Das gleiche gilt nur für sehr wenige einfache Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen. Wir aus den unteren Rängen mußten in der Regel sämtliche Kosten aus eigener Tasche bezahlen. Deshalb haben wir uns auch geweigert, noch 25.-- DM Teilnehmergebühr an die AGJJ zu zahlen.

Ein weiteres Hindernis zur Teilnahme am Jugendhilfetag, war das Problem der Dienstbefreiung. In den Bereichen Vorschul- und Heimerziehung, in denen die Arbeit verkommen und die Fortbildung der Mitarbeiter von größter Notwendigkeit ist, sind die Mitarbeiter kaum abkömmlich. Die wenigen, die aus diesen Arbeitsbereichen dennoch kamen, mußten mit schlechtem Gewissen alle Mehrarbeit den zurückbleibenden Kollegen überlassen. Schon aus diesem Grund trauen sich viele Erzieher nicht an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. So erübrigt sich oft schon das Verbot durch das Amt. Es wurde ein Fall bekannt, in dem eine Kindergärtnerin ihre Vertretungskraft für die Zeit des Jugendhilfetags aus eigener Tasche bezahlen mußte. Hier wurde die Ideologie des Opfergedankens, jeder solle sich mit persönlichem Einsatz um seine Fortbildung bemühen, auf die Spitze getrieben.

Wo waren die Kinder und Jugendlichen ?

Die Kinder und Jugendlichen, vom westdeutschen Erziehungs- und Bildungssystem ständig geschädigt, hatten überhaupt keine Chance, sich in Nürnberg selbstdarzustellen und die Trägerorganisationen anzuklagen. Die AGJJ hatte sie nicht eingeladen. Oder erwarteten die Sozialfunktionäre, daß die Kinder von ihrem Taschengeld und die Jugendlichen von ihrem Lehrlings-"lohn" auch noch die Fahrt und Unterbringungskosten zahlen sollten?

Die Parzellierung und Verschleierung

Das Tagungsthema "Kindheit und Jugend in der Gesellschaft" wurde in 7 Konfliktfelder parzelliert. In bewährter Form knüpfte die AGJJ an Traditionen an. Die Strategie solcher Bildungskongresse war deutlich: isoliertes Wissen anzubieten, Zusammenhänge zu verschleiern und ohne Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen eines kapitalistischen Systems zu einer isolierten Betrachtung der einzelnen Konfliktfelder zu verführen, die es gleichzeitig möglich macht, den etablierten Apparaten und Trägerorganisationen der Jugendhilfe immer wieder Scheinlegitimation auch da zu verschaffen, wo sie die Interessen der ihnen Anvertrauten schon längst verraten haben.

Daher müssen wir in der vorliegenden Sondernummer versuchen die Erfahrungen der Sozialistischen Aktionsgruppe während des Nürnberger 4. Deutschen Jugendhilfetages auszuwerten. Es kann nicht nur darum gehen, zu dokumentieren und zu berichten. Unser Ziel muß sein, diese Aktion, die wir als einen ersten Ansatz überregionaler Zusammenarbeit von Sozialisten im Sozialisationsbereich begreifen, zu analysieren, und aus den Fehlern zu lernen.

Ob der Erfolg während der Nürnberger Tage auch über Nürnberg hinausreicht und sich in unserer politischen Praxis niederschlägt, wird vor allem von den Konsequenzen abhängen, die wir aus der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag ziehen werden. Schon jetzt kann vorausgesagt werden, daß ohne den Ausbau der ersten überregionalen Kontakte und der konsequenten Verwertung und Aufarbeitung des Nürnberger Materials in den regionalen Projekt- und Arbeitsgruppen, Nürnberg bald in Vergessenheit geraten wird.

Alle Genossen, die im Sozialisationsbereich politisch arbeiten,sollten zu der Frage Stellung nehmen, mit welchen Inhalten sie ihre Erziehungsarbeit unter eine sozialistische Perspektive stellen können.

Weiter wird notwendig sein, daß sich alle Gruppen, ob sie in Nürnberg vertreten waren oder nicht, mit der vorliegenden Analyse auseinandersetzen und dazu Stellung beziehen.

Die Sozialistische Aktionsgruppe ging mit der Zielsetzung nach Nürnberg, den Jugendhilfetag unter folgenden Gesichtspunkten umzustrukturieren:

1. Wie verdeutlichen wir den Ausbeutungs- und Klassencharakter der westdeutschen Gesellschaft im Hinblick auf die Lage insbesondere der Kinder und Jugendlichen aus der Arbeiterklasse
2. Den Teilnehmern des Jugendhilfetages die gesellschaftlichen Bedingungen aufzeigen und die bisherige systemstabilisierende Funktion der Jugendhilfe durchschaubar machen
3. Analyse der Berufssituation der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Aufzeigen der Möglichkeiten für eine systemüberschreitende politische Praxis in und außerhalb der Institutionen der Jugendhilfe, mit dem Ziel, bei diesen Berufsgruppen die Bereitschaft zu entwickeln neue Wege mit größerer Entschlossenheit zu beschreiten und sich zu diesem Zweck zu organisieren.

Die Sozialistische Aktionsgruppe in den Vorbereitungsdiskussionen war außerdem davon ausgegangen, daß allen Teilnehmern Arbeits- und Diskussionspapiere zu folgenden Themen zur Verfügung stehen sollten:

- Zusammenhang von Sozialisation und Klassenkampf
- Deklassierungsprozeß proletarischer Kinder und Jugendlicher und ihre Disziplinierung durch das Erziehungsheim
- klassenspezifische Sozialisation im Betrieb
- Lage der Arbeiterkinder und -jugendlichen im westdeutschen Bildungssystem

Dadurch sollte eine gemeinsame theoretische Grundlage geschaffen werden, von der aus eine gezielte Analyse der Funktion von Jugendhilfe im kapitalistischen Gesellschaftssystem zu leisten ist.

In Nürnberg wurde erkennbar, daß diese Papiere, sollten sie als Argumentationshilfe für die Agitation verwertbar sein, bereits vor den Tagungen, Kongressen und sonstigen politischen Massenveranstaltungen in den regionalen Projektgruppen diskutiert werden müssen. Aus zeitlichen Gründen war das vor Nürnberg nicht der Fall. Die Agitation mußten jene tragen, die auch bei anderen Gelegenheiten zur Funktion von Erziehung und Jugendhilfe in unserer kapitalistischen Leistungsgesellschaft von einer sozialistischen Position aus Stellung nehmen können.

Das bedeutet für uns verstärkte Schulung am Material, das bereits vorliegt und auf eigenen Erfahrungen beruht. Erst wenn derartige Erfahrungen ausgewertet und daraus Erkenntnisse gezogen werden, vermeiden wir neue Fehler und entwickeln eine sozialistische Argumentationsfähigkeit.

Zur Organisation der Sozialistischen Aktion

Für Nürnberg ist festzustellen, daß die Sozialistische Aktion in organisierter Form auftrat. Zwei Vorbereitungstreffen, das erste von einer Initivgruppe, das zweite von Delegierten verschiedener Projekt- und Arbeitsgruppen aus mehreren Städten getragen, hatten die Aktion inhaltlich und organisatorisch vorbereitet und die Situation in Nürnberg einzuschätzen versucht.

Wesentlich für das erfolgreiche Bestehen waren verschiedene Schritte. In Nürnberg stand ein Informations- und Organisationszentrum zur Verfügung. Mit Nürnberger Genossen war Kontakt aufgenommen und deren Adressen an alle bekannten Gruppen weitergeleitet worden. Die notwendige Quartierbeschaffung war nun erleichtert und dem Kommunikationsbedürfnis wurde dadurch entsprochen.

An dieser Stelle muß den Nürnberger Genossen Anerkennung ausgesprochen werden, die mit erheblichem zeitlichen Einsatz über 200 kostenlose Quartiere beschafften. Diese Solidarität und kollektive Haltung stellte die beste Voraussetzung für die Arbeit in Nürnberg dar und ist besonders hervorzuheben.

Als günstig erwies sich, daß der Aktionsgruppe ein eigenes Tagungszentrum ständig zur Verfügung stand. Dadurch konnte nicht nur konzentriert und gestrafft diskutiert, sondern auch Störungen vermieden werden. Es war örtlich vom Kongresszentrum getrennt und ermöglichte ein konzen-

triertes und störungsfreies Arbeiten. Für alle zukünftigen Aktivitäten dieser Art wird das zu berücksichtigen sein.

Da die Agitation während des 4. DJHT spontanes Reagieren und Flexibilität erforderte, erhielten die an jedem Abend von uns durchgeführten Vorbereitungsdiskussionen in diesem Tagungszentrum eine wesentliche Bedeutung. Das eigene Vorgehen wurde kritisiert, mögliche Fehler verhindert und die nächsten Schritte festgelegt. Das Interesse an diesen Treffen war erstaunlich groß. Jeder hatte Gelegenheit, Vorschläge einzubringen und sie zur Diskussion zu stellen. Aus dem Plenum heraus bildeten sich ad-hoc weitere Gruppen, um sich auf die Diskussionen in den Arbeitsgruppen für den nächsten Tag detailliert vorzubereiten.

In dieser Atmosphäre konnte die Isolierung zwischen den getrennt angereisten Gruppen aufgehoben und ein Solidaritätsbewußtsein entwickelt werden, auf dessen Grundlage eine relativ geschlossene Argumentationskette zu verfolgen war.

Zusammengefaßt bedeutet das: die überregionale Vorbereitung (Plakate, Aufrufe, Protokolle und SPK-Artikel) in Verbindung mit der Darstellung der wichtigsten Ziele der Nürnberger Aktion bildete die Voraussetzung für die Teilnahme von zahlreichen Genossen, die sicher sonst nicht dabei gewesen wären. Die bereits arbeitenden Gruppen in verschiedenen Orten wurden rechtzeitig informiert und hatten teils untereinander, teils über die Sozialpädagogische Korrespondenz und das Sozialistische Büro in Offenbach, das seine technisch-organisatorischen Mittel bereitstellte, Verbindung zueinander.

Die Verantwortlichen für diesen Jugendhilfetag waren durch das zahlreiche Erscheinen und gezielte, vorbereitete Auftreten der Sozialistischen Aktion in verständliche Unruhe versetzt. Hatten sie doch nicht nur um den "geordneten und ruhigen Verlauf" des Kongresses zu bangen, sondern auch den Verlust der Gefolgschaft gerade der Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter, Jugendpfleger, Lehrer und Heimerzieher zu befürchten.

Wie aufgeschreckt und unkontrolliert die Funktionäre dann auch vor der Presse reagierten verdeutlicht ein Zitat aus einer Nürnberger Zeitung vom 14. Mai :

"Auf einer Pressekonferenz am Nachmittag wurde den Journalisten eine Entschließung verlesen, in der sich der Vorstand der AGJJ "von allen während des 4. Deutschen Jugendhilfetages gemachten Äußerungen gegen die Verfassungsmäßige Grundordnung unseres Staates" distanzierte. Aufgrund von bohrenden Fragen sah sich die AGJJ jedoch genötigt, diesen Passus zu korrigieren. Nach fünfminütiger Beratung wurde folgender Text vorgelegt: "Sofern Äußerungen, die gegen die freiheitliche Grundordnung gerichtet waren, gefallen sind, distanziert sich der Vorstand davon; er wird prüfen, ob dies zutrifft." Professor Dr. Peter Fürstenau hatte sich in dieser Frage zum Anwalt der linksorientierten Gruppen gemacht und die Entschließung der AGJJ als "blamabel" bezeichnet. In der Resolution hatte der Vorstand der AGJJ, der angesichts der gegen ihn erhobenen Vorwürfe einen recht hilflosen Eindruck machte, außerdem von der "Diffamierung, die Personen und Trägergruppen widerfahren ist sowie von den Methoden, mit denen Veranstaltungen des 4. DJHT manipuliert wurden" distanziert. "

Wen wundert da noch die Bestrebung der AGJJ, diesem Jugendhilfetag durch einen eigenen Tagungsbericht, wie er bisher veröffentlicht wurde, nicht noch zu einer größeren Publizität zu verhelfen. Uns wurde bekannt, daß die AGJJ nur noch einen kurzen, den tatsächlichen Ablauf manipulierenden Bericht herausgeben will und nicht bereit ist einer ihr vorgelegten Disposition zu folgen, in der die an die Wurzel gehende Kritik der gesellschaftlichen Strukturen berücksichtigt wird.

Mit der vorliegenden Sondernummer der SPK wird dem starken Informationsbedürfnis mit einer erhöhten Auflage Rechnung getragen.

Konfliktfeld «Vorschulerziehung»

Das Konfliktfeld Vorschulerziehung hatte unter den sieben Konfliktfeldern des Jugendhilfetages den größten Zulauf; knapp die Hälfte aller Teilnehmer, also etwa 1 000 nahmen daran teil. Ein grober Überblick ergab allerdings, daß unter dieser großen Zahl noch nicht einmal 200 Kindergärtnerinnen waren - wie auch sonst Kindergärtnerinnen weit weniger als andere soziale Berufe an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen können; die übrigen Teilnehmer setzten sich aus Studierenden, Sozialarbeitern und einer großen Gruppe von "Behördenhengsten" zusammen.

Optischen Eindruck machte der starke Block von Nonnen, dem wohl ein ebenso großer Block von Mitarbeitern evangelischer Vorschuleinrichtungen zur Seite stand. Die sozialistische Aktion war mit etwa 100 Teilnehmern vertreten; obwohl derart in der Minderheit, stellte sie dennoch den weitaus größten Teil der Diskussionsbeiträge. Unter den übrigen Teilnehmern gab es nur verhältnismäßig wenige , die in der Lage waren, ihre Interessen zu verbalisieren.

Einleitungsreferat im Plenum :

"Vorschulerziehung - falsch programmiert ?"
(Prof. Sengling, Hamburg)

Der Referent ging von der These aus, daß die bisherigen Vorschuleinrichtungen deshalb den heutigen Ansprüchen nicht genügten, weil sie im großen ganzen konzeptionslos arbeiteten. Zwei Konzeptionen sah er als möglich für eine Neuorientierung der Vorschulerziehung: eine l e i s t u n g s orientierte, die die Kinder individuell auf den "Stress durch die Gesellschaft" vorbereite, und eine a n t i a u t o r i t ä r e , deren Ziel primär "Glücksvermittlung" sei. Nach Sengling sollten beide Konzeptionen zusammengefaßt werden unter dem Aspekt, daß Leistungsbewußtsein auch Glück vermitteln könne. Die Diskussion des Referates sollte in den Arbeitsgruppen stattfinden.

Arbeitsgruppe 1

"Lernen im Vorschulalter"
(etwa 500 Teilnehmer)

Die Diskussion des Sengling-Referates - die von der sozialistischen Aktion erst gegen Ansicht vieler Teilnehmer, sofort zum nächsten Referat überzugehen, durchgesetzt werden mußte - konzentrierte sich auf folgende Punkte : die bisherige Vorschulerziehung ist nicht konzeptionslos gewesen, im Gegenteil haben die alten wie die neuen Konzepte dazu gedient, die Arbeiterkinder auf ihre Zukunft als ausgebeutete Lohnarbeiter vorzubereiten; die Konzepte, die jetzt vorgelegt werden, sind alles andere als neu, entsprechen jedoch besser als die alten den jetzigen Kapitalverwertungsbedingungen.

Die Vorschulerziehung wird nicht deswegen intensiviert, weil die pädagogische Forschung dies fordert, sondern weil die Frauen von der allzulangen individuellen Erziehungsarbeit in die Fabriken abgezogen, und weil die Kinder schon früher und besser im kapitalistisch verwertbaren Sinne leistungsmotiviert werden müßten.

Das anschließende Referat von Prof. Deissler/ Freiburg zum Thema der Arbeitsgruppe brachte Zusammenfassung und Kritik der leistungsorientierten Vorschulkonzeptionen; sein Versprechen, diese in ihrer politischen Funktion zu diskutieren, löste er nicht ein. Deissler kritisierte sie dahingehend, daß sie die Chancengleichheit der Kinder nicht schaffen könnten, die Chancenungleichheit eher noch vergrößern, und daß die zu frühe Leistungsorientierung stark neurotisierende Wirkung habe. Um die Vorschulerziehung von diesem Leistungsstress freizuhalten, müsse sie in den sozialpädagogischen, nicht aber in schulischen Institutionen stattfinden.

Am letzteren Punkt, der Kritik an der "Leistungsgesellschaft" und deren Einflußnahme auf die Vorschulerziehung machten denn auch die liberalen Diskussionsteilnehmer fest, mit dem irrationalen Lösungsvorschlag, die Kinder von dem Leistungsdruck fernzuhalten.

Die sozialistische Aktion dagegen argumentierte zwar ebenso gegen die geplante Leistungsorientierung der Vorschulerziehung, doch mit anderer Intention: die geforderten Leistungen entsprechen nicht den Interessen der Kinder, sondern denen des Kapitals, das mittels der vorschulischen Einrichtungen fungiblere und verwertbarere Arbeitskräfte heranziehen will. Eine Alternative dazu ist nicht eine allein auf Verhinderung von Neurosen hinzielende "glückliche Kindheit", sondern die Befähigung der Kinder, sich der alleinigen Bestimmung durch die Interessen des Kapitals zu widersetzen, also die Entwicklung von Widerstandsleistungsfähigkeit.

Da die Klassenspezifische Herkunft der Kinder auch deren Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß bestimmt, müssen auch die Erziehungsziele klassenspezifisch sein; die traditionell bürgerliche Erziehung für Kinder aller Klassen, die aber allenfalls bürgerlichen Kindern angemessen ist, muß für proletarische Kinder durch eine proletarische Erziehung abgelöst werden. Dabei ist aber wichtig, nicht nur die i n s t i t u t i o n e l l e Vorschulerziehung für Proletarierkinder zu verändern; entscheidend ist, die L e b e n s u m s t ä n d e proletarischer Kinder und deren Eltern, die bisher nur eine stark restriktive Erziehung ermöglichten, zu verbessern.

Zusammenfassend: für die Arbeiterkinder, die die Mehrzahl der Kinder in den Vorschulinstitutionen darstellt, gibt es nur eine Perspektive: die sozialistische; alle alternativen Modelle nützen nicht den Interessen der Kinder, sondern denen des Kapitals.

Ein Resolutionsentwurf, in dem die sozialistische Aktion diese Forderungen zusammenfaßte und präzisierte, wurde von den Diskussionsgegnern hauptsächlich mit Geschäftsordnungsanträgen bekämpft; nur selten waren sie in der Lage, argumentativ zu dieskutieren. Ihre Resolutionsentwürfe, die die Erstellung eines langfristigen Bundeskindergartenplans, die Belassung der Vorschulerziehung im sozialpädagogischen Bereich und die Vermehrung der Vorschuleinrichtungen in Arbeitervierteln forderten, gingen nicht über das sowieso geplante (Empfehlungen des Bildungsrates) hinaus und blieben hinter den Vorstellungen der libera-

R e s o l u t i o n s e n t w u r f
der Arbeitsgruppe 1
(fand in der Arbeitsgruppe keine Mehrheit)

1. Wenn wir ständig - und das seit über 20 Jahren - von einer Strukturveränderung der Bedingungen im Vorschulbereich sprechen, haben wir davon auszugehen, daß die Inhalte dieser Vorschulerziehung bisher nicht von Wissenschaftlern und Theoretikern und schon gar nicht von Praktikern bestimmt werden, sondern von den Interessen des Kapitals.

   Da das Interesse des Kapitals als Anpassung an die Normen der Herrschenden zu definieren ist, finden die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterkinder keine Berücksichtigung.

2. Aus dieser Tatsache leiten wir die Forderung ab eine Erziehung zu beginnen, die es den Proletarierkindern ermöglicht ihre Klassenlage zu erkennen und ihr Klasseninteresse durchzusetzen.

3. Diese Erziehung muß auf folgende Grundsätzen aufgebaut sein:
   - Erziehung zur Klassensolidarität
   - Erziehung zur Arbeit und zum Spiel
   - Erziehung zur Entfaltung eines sozialistischen Bewußtseins
   - Erziehung zum Klassenkampf

4. Diese Prinzipien einer sozialistischen Erziehungsarbeit können in folgenden Arbeitsbereichen in die Praxis umgesetzt werden:
   - Kampf in den Institutionen d.h. Kampf um die Veränderung der Strukturen in diesen Institutionen (caritative, kirchliche, staatliche und Kindertagesstätten des Produktionsbereichs)
   - Projekt- und Stadtteilarbeit

   Der Kampf in den Institutionen heißt auch, daß die im sozialen Bereich Tätigen (Kindergärtnerinnen, Heimerzieher, Sozialarbeiter, Lehrer und Jugendpfleger) ihre eigene Klassenlage erkennen und sich organisieren müssen, um sich mit den proletarischen Eltern zu solidarisieren und den Klassenkampf zu führen.

5. Aus diesen Tatsachen ergeben sich folgende Forderungen:
   - Wir fordern für jede Kindertagesstätte die Einsetzung eines proletarischen Elternbeirats,
   - den 6-Stunden-Arbeitstag für jeden ,
   - 6 Wochen Urlaub für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin ,
   - 250.-- DM Kindergeld für jedes Kind,
   - die 1-jährige bezahlte Freistellung aller Mütter nach der Geburt ihres Kindes,
   - einen 4-wöchigen bezahlten Bildungsurlaub für jeden im sozialen Bereich Tätigen,
   - die universitäre Einheitsausbildung für alle im sozialen Bereich Tätigen zur Aufhebung der Isolierung zwischen den Berufsgruppen,
   - gleicher Lohn für Männer und Frauen.

len Referenten zurück.

Durch die intensive Kritik der sozialistischen Aktion an diesen liberalen und reaktionären Vorstellungen wurde jedoch ein großer Teil der Arbeitsgruppenteilnehmer für den sozialistischen Resolutionsentwurf gewonnen. Eine Abstimmung ergab zwar, daß dies noch nicht die Mehrheit war; doch hatte sich erwiesen, daß die konsequent sozialistische Argumentation nicht die Isolierung von den Jugendhilfetag- Teilnehmern bedeutete. Ungünstig hatte sich allenfalls ausgewirkt, daß die sozialistische Aktion auch optisch zu sehr als Block auftrat, was ihr nicht erlaubte, über die offizielle Diskussion hinaus auch individuell und informell zu agitieren, und den Gegnern ermöglichte, sich ebenfalls als Block zu formieren.

Arbeitsgruppe 3

"Erziehung ohne Zwang"
(etwa 400 Teilnehmer)

Der Genosse Reinhart W o l f f war als offizieller Referent eingeladen worden, um der AGJJ als Alibi für praktizierten Scheindemokratischen Pluralismus zu dienen. Der Genosse Wolff nutzte die Chance und durchleuchtete in seinem Referat "Erziehung ohne Zwang - Über einige Grundfragen antiautoritärer sozialistischer Erziehung" das politische Geschäft Erziehung und stellte es in den gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhang, in den es gehört.

In einer längeren Vorbemerkung stellte er die Reaktionen der Herrschenden auf die Versuche antiautoritärer sozialistischer Erziehungsmodelle dar.

Im zweiten Teil des Referats wurden die ökonomischen Bedingungen und Widersprüche im Kapitalismus im Hinblick auf die Bedeutung von Vorschulerziehung deutlich gemacht.

Der dritte Teil erklärte die Prinzipien antiautoritärer und sozialistischer Erziehung, die

a) den Widerspruch zwischen Kind und Erzieher tendenziell aufheben will,

b) sich dazu der Kenntnis der Psychoanalyse bedient und

c) die Grenzen, die Erziehung bisher durch Klassenerziehung gesetzt waren, überwinden will.

Konsequenterweise gilt dies primär für die Kinder der Arbeiterklasse, die seit eh und je nur mit den Erziehungskonzepten der bürgerlichen Klasse konfrontiert wurden.

Unmittelbar nach diesem Referat wurde den Anwesenden eine Resolution zur Abstimmung vorgelegt.

Die Vertreter der Kirchen und andere Reaktionäre reagierten sowohl auf das Referat, das sie direkt angegriffen hatte, als auch auf die Resolution mit heftigem Protestgebrüll, das teilweise vom Applaus und den Sprechchören der sozialistischen Aktion übertönt wurde.

Im Verlauf des Nachmittags kam es immer wieder zu heftigen Kontroversen zwischen Reinhart Wolff und Herrn Sagi vom Deutschen Caritas-Verband (Freiburg), der seine Position bereits in der Diskussion des Fernsehfilms "Erziehung zum Ungehorsam" zum besten gegeben hatte.

Das Referat wurde inhaltlich kaum diskutiert; lediglich eine Kindergärtnerin stellte die rhetorische Frage, ob es sich dabei um Nachhilfeunterricht in Politökonomie gehandelt habe. Fürwahr! Denn auch in diesem Bereich war die sozialistische Aktion nicht bereit, sich auf die von der AGJJ geplante Parzellierung von gesamtgesellschaftlichen Problemen einzulassen.

Im Folgenden wurde über mehrere Stunden der Inhalt der Resolution diskutiert. Zunächst kam es zu einer Abstimmung darüber, ob über die Resolution als Ganzes oder in den einzelnen Punkten abzustimmen sei. Es wurde beschlossen, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

ad 1) Obgleich einem Teil der Anwesenden noch immer nicht klar zu sein schien, welche Bedingungen in unserer Gesellschaft Kampfmaßnahmen unumgänglich machen, wurde über diesen Punkt mit Mehrheit positiv entschieden.

ad 2) (Finanzielle Forderungen)
Hierüber kam es zu einem längeren Disput zwischen Sagi und Wolff, indessen Wolff Sagis Bedenken wegen der Höhe der Forderungen entkräftete, indem er nachwies, daß nicht der Deutsche Caritas-Verband sondern die Arbeiterklasse den gesellschaftlichen Mehrwert produziere und folglich einen Anspruch darauf habe, daß Erzieher für ihre Kinder ausgebildet und angemessen bezahlt würden. -
Ferner äußerte sich hierzu ein Ministerialdirigent aus dem Bundesfamilienministerium, der erklärte, die Anwesenden könnten sich offenbar nicht vorstellen, wer dann noch alles mit Forderungen käme, und was das für Konsequenzen für die Staatskasse habe. Er artikulierte exemplarisch die Ängste der herrschenden Klasse und bewies damit deutlich, wie berechtigt unsere Forderung nach Streik in Punkt 1) ist.

ad 3) Hauptstreitpunkt war die Frage, ob die "Arbeiterkinder" ausdrücklich in den Text aufgenommen werden sollten. Niemand verstieg sich dazu, die Arbeiterkinder nicht

R e s o l u t i o n
der Arbeitsgruppe 3

1) Angesichts der materiellen, personellen und politischen Krise im Vorschulsektor und angesichts der Weigerung und Unfähigkeit der staatlichen Verwaltung und Parteien, die katastrophale Situation zu ändern, fordern die auf dem Deutschen Jugendhilfetag in Arbeitsgruppe 3, Vorschulerziehung, Versammelten, die Kindergärtnerinnen, Erzieher, Jugendleiterinnen und anderen sozialpädagogischen Arbeiter auf, ihre Forderungen jetzt mit Streiks durchzusetzen. Im Interesse der Kinder ist ein sofortiges Handeln notwendig.

2) Wir fordern für alle Sozialpädagogen (s.o.) ein Mindestgehalt von DM 1.500.-- und für alle Praktikanten von DM 1.000.-- pro Monat.

3) Wir fordern eine längere, bessere, kostenlose und bezahlte Aus- und Fortbildung, die die Probleme der Erziehung aller Kinder (insbesondere der Arbeiterkinder) in den Mittelpunkt stellt.

4) Wir fordern den systematischen Ausbau aller Vorschulerziehungseinrichtungen. Kindergruppen müssen weniger als 10 Kinder pro pädagogische Fachkraft umfassen.

5) Wir fordern die Entkonfessionalisierung der Vorschulerziehung.

6) Wir fordern generell kostenlose Vorschulerziehung für alle Kinder.

auch in den Bereich der Vorschulerziehung einbeziehen zu wollen. Jedoch wurde die Meinung vertreten, "alle" seien schließlich auch die Arbeiterkinder, man brauche sie nicht ausdrücklich zu erwähnen. Nachdem von der Sozialistischen Aktion nochmal an Hand von statistischen Material die katastrophalen Lebens- und Lernbedingungen von Arbeiterkindern belegt wurden, nahm man schließlich diese Formulierung in den Text auf.

ad 4) Im ersten Entwurf der Resolution standen 8 statt 10 Kinder pro Gruppe und Fachkraft. Nach kurzem Handel, ob 8 oder 10 pro Gruppe, ob 2 Fachkräfte für 15 Kinder u.ä., einigte man sich auf weniger als 10 Kinder pro Gruppe und Fachkraft.

ad 5) Dieser Frontalangriff gegen einen großen Teil der Anwesenden, vor allem gegen Caritas und Diakonisches Werk, in deren Hand sich 75 % der Vorschuleinrichtungen in der BRD befinden, hatte entsprechend heftige Reaktionen der Betroffenen zur Folge. Die Auseinandersetzungen zogen sich über 2 Stunden hin und endeten mit einem eindrucksvollen Abstimmungserfolg der Sozialistischen Aktion. Es bewährte sich hierbei unsere kompromißlose Taktik, die die Klerikalen von Anfang an in eine defensive Position drängte. Zuletzt versuchten sie nur noch mit formaldemokratischen Argumenten, die konfessionelle Vorschulerziehung als Alternative zu einer staatlichen zu propagieren und glaubten, sich dabei auf eine christliche Mehrheit im Volke verlassen zu können. Im Wesentlichen wurde hier das vorweggenommen, was sich am nächsten Tag im Plenum noch einmal wiederholte.

ad 6) Kostenlose Vorschulerziehung wurde ohne Diskussion von allen gefordert. Danach löste sich die Arbeitsgruppe aus Zeitmangel und Erschöpfung auf.

In dieser Arbeitsgruppe hatte die Polarisierung bereits zu Beginn stattgefunden, als Reinhart Wolff sein Referat mit "Genossinnen und Genossen" eröffnete. Trotz der klaren Fronten gelang es uns, eine große Zahl Liberaler und Verunsicherter dazu zu bewegen, mit uns zu stimmen. Aufgrund der zwanglosen z.T. heiteren Atmosphäre war es etlichen Leuten möglich, ihre Hemmungen zu überwinden und Fragen zu stellen, deren Beantwortung sich für die Sozialistische Aktion als gute Agitationsbasis erwies.

Dr. Reinhart W o l f f:
E r z i e h u n g o h n e Z w a n g ?
Über einige Grundfragen antiautoritärer sozialistischer Erziehung.

Auszüge aus dem Einleitungsreferat der Arbeitsgruppe 3

Vorbemerkung

Es ist hier ein Beitrag zu leisten, um Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse und ihren Dienstboten zu entreißen. Kurzgefaßte Ausführungen über psychoanalytische Grundlagen antoautoritärer Erziehung helfen da nicht weiter. Es soll darum in dieser Einführung versucht werden, vor allem auf 2 Fragen zu antworten.

Welche Beziehungen bestehen zwischen dem politisch-ökonomischen Zusammenhang der spätkapitalistischen Klassengesellschaft in der Bundesrepublik und den heutigen Problemen der Vorschulerziehung?

Das bundesrepublikanische Ausbildungssystem ist in Widerspruch geraten zur Entwicklung des Produktionsprozesses selbst.

Der Zusammenhang ist einfach genug: Ohne bessere Arbeiter, die länger und besser ausgebildet sind, als dies bislang üblich war, wird der westdeutsche Kapitalismus langfristig nicht konkurrieren können. Mehr Bildung ist gefährlich. Hoernle hat diesen Widerspruch konkret bezeichnet: "Im Interesse der Steigerung und Verbesserung der Produktion muß die Bildung und Erziehung der Masse verbessert werden, im Interesse der bürgerlichen Klassenherrschaft muß sie herabgedrückt werden."

Dagegen stehen die Experimente mit neuer antiautoritärer und sozialistischer Erziehung. Sie gewinnen ihre Kraft aus einer politischen Praxis, die ein Beitrag zum antikapitalistischen Kampf ist. Dabei kommt den antiautoritären und sozialistischen Erziehern zupaß, daß der Vorschulerziehungssektor eine qualitative, quantitative und finanzielle wie personelle Krise erlebt, die die Widersprüche des Systems ins Bewußtsein hebt und Eltern, Erzieher, Wissenschaftlern gleichermaßen die Chance gibt, ihre eigenen, gegen die bornierten Ausbeutungsinteressen der besitzenden Klasse und beamteten Technokraten gerichteten Emanzipationsinteressen durchzusetzen.

Welche Prinzipien sind für eine antiautoritäre, sozialistische Erziehung charakteristisch ?

Erziehung hat es mit der "Sicherung, Beeinflussung und Veränderung einer bestimmten körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung des Kindes " zu tun. Sie geschieht als private und als gesellschaftliche Veranstaltung der Erwachsenen; sie gehört dem Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse zu, deren Bestand sie garantieren soll. In der Klassengesellschaft ist sie Klassenerziehung.
Von beiden Bestimmungen:

- Erziehung als Bemühung der Erwachsenen gegenüber Kindern und

- Erziehung in der Klassengesellschaft verlaufend -

ergibt sich die erste prinzipielle Einsicht in den Prozeß antiautoritärer Erziehung:

Für Erzieher ist die antagonistische Struktur (Kind - Erzieher, Kindheit - Erwachsenenwelt, Kind - Gesellschaft) konstitutiv. Der darin angelegte Widerspruch ist eine nicht aufzuhebende Konstante im Erziehungsprozeß. Er darf jedoch keine Basis für die Rechtfertigung des Terrors der erziehenden Erwachsenen gegenüber den Kindern sein.

Herrschende Erziehung läßt allzu oft das Ich eines Kindes gar nicht erst aufkommen. Weil Es (die Triebe) nicht sein soll, ist Überich als autoritäres Gesetzbuch, als Schuldturm.

Im Gegensatz zur herrschenden Pädagogik ist antiautoritäre Erziehung: Ich-Pädagogik, die mit der Erwachsenen-Übermacht, nicht mit den Erwachsenen, aufräumt und dem Kind Befriedigung seiner Bedürfnisse und realitätstüchtige Abwehrformen gegen Triebe und Umwelt zugleich versucht zu vermitteln.

Antiautoritäre Erzieher ergreifen Partei für das Kind, für die Individualität und den möglichen besseren Zustand, der mehr Befriedigung verschafft. Ein antiautoritärer Erzieher ist keine Stütze einer Strategie herrschaftlicher Unterwerfung. Antiautoritäre Erziehung bedeutet nicht Verurteilung des Kindes, sondern dessen Sicherung, Beeinflussung und Veränderung.

Weil es pädagogische Vergangenheit gibt, ist antiautoritäre Erziehung der Gegenwart gegenüber kritisch. Diese Kritik erst ist die Basis der Zukunft. Doch gewinnt antiautoritäre Erziehung mit dieser historischen Dimension nicht allein ihre antizipatorische Qualität, sondern eröffnet eine Perspektive, die Untersuchung heißt.

Die Praxis der Kinderläden ist zu einem gut Teil von dieser Untersuchungsperspektive bestimmt gewesen, nicht von der Strategie schon immer parater Erziehungsrezepte. Wer die Kinder, sich selbst und die Ansprüche der Gesellschaft analysiert, ehe er sie akzeptiert, verurteilt oder verändert, muß freilich den affirmativen Dogmatikern des Status quo gefährlich sein. Die wütende Reaktion gegens Experimentieren, d.h. gegens Untersuchen, Prüfen und Probieren, hat ihre Basis in nichts anderem, als darin, die Untersuchung könnte ans Licht bringen, daß die Verhältnisse untragbar sind. Nur so ist zu erklären, warum Erziehungswissenschaft als dogmatische Spekulation nicht aber als analytische historische Wissenschaft sich entfaltet hat.

Erziehung hat Grenzen

Diese Tatsachen weisen den Erzieher, auch den antiautoritären und revolutionären, darauf hin, daß es eine seelische Grenze gibt im Kind, nämlich seine begrenzte Erziehbarkeit, daß es eine seelische Grenze gibt im Erzieher (nämlich seine durch unbewußte, psychische Strebungen und durch die Narben seines eigenen Erziehungsschicksals begrenzte Fähigkeit zu erziehen) und schließlich die gesellschaftliche Grenze, die Erziehung in den politisch-ökonomischen Herrschaftszusammenhang des Kapitalsimus einschließt.

Zur ersten Grenze:

Wir müssen uns klar machen, daß es Erziehung nicht mit Konstruktionen zu tun hat, sondern mit materiellen Naturgewalten, den Trieben, der Lust, der Aggressivität. Das wird den antiautoritären Erzieher mit einem guten Maß an realistischem Pessimismus ausstatten im Hinblick auf seine Chancen, diese Naturgewalten zu beeinflussen.

Zur zweiten Grenze:

Die Einsichten der Psychoanalyse, aber auch die Erfahrungen der Kinderläden lehren eindringlich, in welchem Maß die affektiven Strebungen der Erzieher Eingang in den erzieherischen Prozeß finden und permanent eine Quelle systematischer Gefährdung des Erziehungsprozesses darstellen.

Zur dritten Grenze: der sozialen

Antiautoritäre Erziehung hat sich bisher als ein Versuch entfaltet, der den sozialen Ort intellektueller Zwischenschichten kaum verlassen hat.

Hier wurde und hier wird in der großen Zahl der vielleicht rund 200 Kinderladenexperimente in der Bundesrepublik und in Westberlin für eine privilegierte Minderheit erzogen, die zwar in den Reihen der antikapitalistischen Linken steht, die aber in ihrer Erziehungsarbeit ihre klassenspezifischen Beschränkungen nicht überwunden hat.

Die sozialistischen Kinderläden in Westberlin (das Rote Kollektiv Proletarischer Erziehung, Rote Zellen) sind dabei, die Nachrichtensperre übers Arbeiterkind heute aufzuheben, übers Arbeiterkind, das großgeprügelt wird, auf der Straße verkommt oder in den Einrichtungen der Caritas, in öffentlichen Kindertagesstätten, in der bürgerlichen Schule seiner Klasse ein für alle Mal entfremdet wird. Die zu über zwei Drittel konfessionalisierte Kleinkinder- und Vorschulerziehung hat ihre Funktion; Erziehung soll die Macht der herrschenden Klasse sichern helfen. Die Arbeiterkinder sollen die bürgerliche Klasse lieben lernen.

Die Lebensumstände, auch in den modernen Trabantenstädten, wären Anlaß genug den Widerstand der Arbeiterklasse zu provozieren. Erziehung hat ihnen diesen Widerstand ausgetrieben. Anders ist nicht zu begreifen, warum auf Verhältnisse, wie sie der Kreuzberger Bericht über die Lebensumstände großstädtischer Schuljugend 1960 zeigte, nicht mit Klassenkampf reagiert wurde.

Antiautoritäre Erziehung heißt Klassenkampf im Erziehungs- und Ausbildungssektor.

Den Erziehern ist zu raten: Verinnerlicht nicht die herrschenden, neuen Leistungstechniken, imitiert nicht die begrenzt gültigen antiautoritären Erziehungsexperimente, sondern: schult euch in Marxismus, in der Psychoanalyse, in der kritischen Erziehungswissenschaft. Streikt gegen die schamlose Ausbeutung eurer Arbeitskraft. Verweigert euch, für die herrschende Klasse zu erziehen. Arbeitet in der proletarischen Stadtteilarbeit, in den Reihen der proletarischen Kinder und Jugendlichen. Zerschlagt die bürgerliche Klassenschule, schickt die Pfaffen dahin, wohin sie gehören, in die Kirche. Über zwei Drittel aller Vorschulerziehungseinrichtungen sind konfessionell. Das ist ein Skandal.

Organisiert euch gegen die sogenannten Träger von Kindergarten- und anderen Erziehungseinrichtungen, gegen die schlechten und ideologischen Ausbildungsinstitutionen gegen Überstunden und Schichtdienst, gegen Überfüllung und Wartelisten, gegen die Klassenschule, gegen die Interessen der kapitalistischen Klassengesellschaft.

Organisiert euch für eine antikapitalistische Berufspraxis, für einen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die Freiheit und das Recht der proletarischen Kinder.

Dann erst wird aus den Ansätzen antiautoritärer Erziehung eine Massenbewegung, vor der die herrschende Klasse mit Recht sich fürchtet. Sie hat etwas zu verlieren: die Früchte ihrer Herrschaft. Wir haben nur etwas zu gewinnen: die Zukunft der Massen der Kinder in dieser Gesellschaft, der proletarischen Kinder und Jugendlichen.

Podiumsgespräch im Plenum

"Der Praktiker hat das Wort"

Drei Vorschulerzieherinnen sollten über personelle und finanzielle Einrichtung, Erziehungsziele und -methoden ihrer Einrichtungen Auskunft geben; vorgestellt wurde ein Tübinger evangelischer Kindergarten, die Vorklassen der Berliner Kennedy-Schule und die Frankfurter Kinderschule Monika Seiferts.

Die sozialistische Aktion konzentrierte sich darauf in Frage zu stellen, inwieweit die Erziehungsziele erreicht werden und inwieweit die Erziehungsziele der Klassenlage proletarischer Kinder angemessen sind.

Der Tübinger evangelische Kindergarten formulierte als Erziehungsziele, soziale und Selbsterfahrungen zu vermitteln, Selbständigkeit zu fördern, manuelle Fertigkeiten und Ausdrucksfähigkeiten zu wecken, in die Umwelt einzuführen, zu Sachlichkeit und Konzentration zu erziehen, den Kindern individuell zu helfen und die Eltern in die Kindergartenarbeit mit einzubeziehen; daß die evangelische Kirche Träger sei, beeinflusse die Erziehungsziele nicht. Die Vorschulgruppe umfaßt 80 Kinder, aufgeteilt in 2 Untergruppen mit je einer Kindergärtnerin.

Die Diskussion ergab unter anderem, daß eine i n d i v i d u e l l e Förderung der Kinder unter diesen Umständen unmöglich ist; die Kindergärtnerin konnte besondere Probleme von Arbeiterkindern nicht formulieren; sexuelle Äußerungen der Kinder hatte sie noch nie beobachtet, sexuelle Aufklärung sah sie allein als Aufgabe der Eltern; ob diese die Aufgabe wahrnehmen, konnte sie nicht beantworten; auf die Frage, inwieweit die Kinder selbst das Thema"Kirche" problematisieren, wich sie aus.

Die sozialistische Aktion stellte klar, daß unter diesen Bedingungen weder die angegebenen Ziele erreicht werden können, noch daß diese Ziele den Interessen der Kinder gerecht werden. Obwohl immer wieder herausgestellt wurde, daß die Kritik sich gegen den Träger als den Verantwortlichen für diese Bedingungen richtet, wurde sie von den reaktionären Teilnehmern als persönliche Diffamierung der referierenden Kindergärtnerin dargestellt; daß dies nicht gelang, ist auch dem Umstand zuzuschreiben, daß keine Frage im vorgegebenen Rahmen des Jugendhilfetages angemessen ausführlich diskutiert werden konnte.

Als Erziehungsziele der Vorklassen der Berliner Kennedy-Schule wurden genannt: Entwicklung von Selbständigkeit und Unabhängigkeit, Ermöglichung von Bedürfnisbefriedigung, Erfahrung von gesellschaftlich vermitteltem Glück und Erziehung zu einer pazifistischen Einstellung.

Die Einrichtung umfaßt 120 Kinder in 6 Gruppen; die Kinder kommen etwa zur Hälfte aus amerikanischen (überwiegend Unterschicht-)Familien, zur anderen Hälfte aus deutschen (überwiegend Oberschicht-) Familien; die Väter der amerikanischen Kinder sind Soldaten. Die materielle Ausstattung ist, verglichen mit den gängigen Vorschuleinrichtungen, äußerst großzügig.

Die sozialistische Aktion stellte massiv in Frage, daß wirklich eine pazifistische Erziehung unter diesen Umständen geleistet wird. Es ergab sich, daß der Pazifismus sich darauf beschränkt, daß die Kinder nicht in Uniform und mit Gewehr in die Schule kommen dürfen; die Probleme, die entstehen, wenn Väter nach Vietnam versetzt werden, werden nur in Abwesenheit der betreffenden Kinder diskutiert; eine wirklich pazifistische Erziehung, die dann auch antiimperialistisch und antirassistisch sein muß, wird nicht geleistet. Dies Beispiel einer angeblich pazifistischen Erziehung stellte sich als typisch für die Erfüllung der anderen Erziehungsziele heraus. So erstreckte sich die Elternarbeit weder auf politische noch auf Sexualerziehung, da sie zu problematisch sei. Es wurde klar, daß lediglich eine bessere intellektuelle Erziehung aufgrund der großzügigeren Ausstattung stattfindet.

Als drittes Modell stellte sich die Frankfurter Kinderschule vor; seine Erziehungsziele wurden beschrieben als: Entwicklung von politischer und kollektiver Handlungsfähigkeit und Befähigung zur Selbstregulierung in einer repressionsfreien Erziehungsatmosphäre. Die Kinderschule wird von den (ausschließlich Mittel- und Oberschicht-) Eltern selbst finanziert und getragen; die Gruppe hat 16 Kinder und 4 Erzieher; davon jeweils 2 anwesend.

Die sozialistische Aktion diskutierte, inwieweit eine solche Kinderschule Modell sein könne für eine p r o l e t a r i s c h e Erziehungsinstitution, da die hier vorliegenden Möglichkeiten proletarischen Eltern nicht zur Verfügung stehen. Ein Erziehungsstil, der sich fast ausschließlich als "repressionsfrei" definiert, ist zudem eher Verweigerung von Erziehung als Garantie für die Erreichung der angegebenen Ziele; die Frage nach einer politischen Erziehung bleibt damit offen.

Die Diskussion dieser verschiedenen Vorschulinstitutionen hatte offensichtlich eine entscheidende Funktion bei der Gewinnung von Teilnehmern des Jugendhilfetages für die Forderungen der sozialistischen Aktion, weil hier exemplarisch und detailliert Ideologie und Manipulation in der Erziehung, sowie deren Abhängigkeit von ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen dargestellt werden konnten. Die Gegenseite war in der Diskussion stark überfordert und nicht mehr in der Lage, eine Gegenposition zu formulieren, geschweige denn massiv durchzusetzen.

L e b e n s u m s t ä n d e g r o s s - s t ä d t i s c h e r S c h u l j u g e n d 1 9 6 0

Auszüge aus dem Kreuzberger Bericht

Jeder achte Schüler im Bezirk Kreuzberg hat kein eigenes Bett. Jeder dritte Schüler verfügt zu Hause weder über einen Arbeitsplatz noch über eine Spielecke. Nur jeder zehnte Schüler hat ein eigenes Zimmer. Fast 40 % der Schüler dieses Bezirks leben in einer Wohnung, in der es keine Toilette und kein Bad gibt. 3/4 aller Schüler leben in Kleinwohnungen mit ein bis zwei Wohnräumen. In Einraumwohnungen mit Küche wohnen in 39 % aller untersuchten Fälle 3 Personen. In 25 % aller Fälle müssen die Schüler mit 3 weiteren Familienangehörigen eine 1-Zimmerwohnung teilen. In 15 % aller Fälle leben 5,6 und mehr Personen in einer 1-Zimmerwohnung. 76,4 % aller Befragten gaben an, daß sie weder einen Balkon noch einen Garten besitzen. 41 % aller Kinder kommen aus lichtlosen Hinterhäusern. Jeder dritte Schüler litt unter Nervosität, jeder sechste unter Schlafstörungen. Bei fast 60 % der Schüler wurde im Unterricht Konzentrationsmangel und vorzeitige Ermüdung festgestellt. 34 % der Mütter sind berufstätig und bis zu 10 Stunden nicht zu Hause. (Der Anteil der berufstätigen Mütter hat sich heute erhöht). Fast die Hälfte der Kinder berufstätiger Mütter sind Schlüsselkinder, die weder von Nachbarn, noch von Großeltern, noch von einer Kindertagesstätte betreut werden.

(Zitiert nach: "Soll Erziehung politisch sein?", herausgegeben von der Arbeitsgruppe Revolutionäre Erziehung, Berlin 1969, Seite VIII ff..)

Podiumsgespräch im Plenum

("Die Experten haben das Wort")

Die Arbeitsergebnisse sollten mit "Experten" diskutiert werden; die Experten hatten jedoch teilweise Angst bekommen, weil sie sich der Auseinandersetzung nicht gewachsen fühlten, sodaß die Veranstaltende AGJJ das Podium umbesetzen mußte. Unter Vorwegnahme einer Entscheidung des Plenums wurde Reinhart W o l f f auf das Podium gebeten; die Diskussionsleitung hatte kurzfristig Senatsdirektor Gehrken/Hamburg übernommen; außerdem saßen die "Experten" Dr.S a g i / Caritas, Frau Professor T a u s c h /Hamburg, Jürgen Z i m m e r /Berlin, Professor S e n g l i n g /Hamburg und andere da.

Die Sozialistische Aktion kritisierte die Teilnahme von Sagi und Gehrken; Sagi, weil er sich durch die Diffamierung von Kinderläden und durch Manipulation bei der Übersetzung wissenschaftlicher Bücher disqualifiziert hatte; Gehrken, weil er in Hamburg leitend beteiligt gewesen war, an der Verhinderung einer verlängerten sozialpädagogischen Ausbildung und weil er einerseits prügelnde Heimerzieher geschützt, andererseits progressive mit Disziplinarstrafen bedroht hatte. Es war jedoch nicht möglich, Sagi und Gehrken durch den Druck des Plenums vom Podium zu entfernen.

Zum zweiten kritisierte die Sozialistische Aktion, daß kein Praktiker zu dem Expertengremium gehörte und forderte die Aufnahme der Berliner Kindergärtnerin Roswitha E b e r t; Professor Sengling stellte daraufhin seinen Platz zur Verfügung. Ein Versuch Gehrkens, diese Umbesetzung in Frage zu stellen, wurde vom Plenum und auch von Sengling zurückgewiesen.

Die Sozialistische Aktion beantragte daraufhin, die Resolution der Arbeitsgruppe 3 vom Plenum zu verabschieden und als Telegramm den Tarifverhandlungskommissionen für die sozialen Berufe, die gleichzeitig in Bonn tagten, zu schicken. Die Diskussion konzentrierte sich, wie schon in der Arbeitsgruppe, auf die Forderung nach Entkonfessionalisierung der Vorschulerziehung.

Die Caritas hatte nach Annahme dieser Forderung in der Arbeitsgruppe die Sozialistische Aktion der Manipulation der Mehrheitsverhältnisse und der Diffamierung der "freien"Jugendpflege bezichtigt; nun versuchte sie, eine erneute Annahme durch das Plenum mit allen Kräften zu verhindern.

Die Diffamierung ihrer Arbeit sah die Caritas darin, daß die kirchlichen Verdienste in der Geschichte der Vorschulerziehung und besonders auch die politische Rolle im Nationalsozialismus nicht gewürdigt seien, daß zudem eine staatliche Vorschulerziehung die Mißstände nicht aufheben würde. Die Sozialistische Aktion zeigte die Geschichtsklitterung von Seiten der Caritas wie folgt auf: Die F r o e b e l 'schen Kindergärten im 19. Jahrhundert hatten der Vorschulerziehung auch eine emanzipatorisch-politische Aufgabe zugewiesen (und waren daher auch verboten worden); die Kirchen - aufgrund der Thron-Altar-Ehe ohnehin im Erziehungsbereich monopolisiert - hatten dann zwar die Kindergärten übernommen, ohne ihnen aber emanzipatorische Aufgaben zuzuweisen; dagegen sollten sie den reaktionären Zielen dienen, die Position der Kirche schon in den Kindern zu verankern und gehorsame Diener der Obrigkeit heranzuziehen.

Die Kirchen hatten schon früher als andere Institutionen diese Möglichkeiten erkannt und für ihre Zwecke mißbraucht. Dies ist auch heute die eigenliche Funktion der kirchlichen Vormachtstellung im Vorschulbereich. Die Kirche hat zudem im Dritten Reich kein antifaschistisches Potential offenbart, vielmehr hat sie wesentlich zu dessen Entstehung in der Weimarer Zeit beigetragen und, anders als die Kommunisten, dem Nationalsozialismus nicht von Anfang an und nur vereinzelt Widerstand geleistet. Insgesamt: im politischen und ökonomischen Bereich, wie auch im vorschulpädagogischen sind es nie die Kirchen gewesen, die die Interessen des Proletariats vertreten oder auch nur die Initiative für eine Liberalisierung des Systems ergriffen haben; deshalb muß die Macht der Kirche gebrochen und die Vorschulerziehung entkonfessionalisiert werden.

Die Klerikalen waren damit konsequent in die Defensive gedrängt worden: die Kirchen hätten ja gar kein Monopol, sondern "nur" 75 % aller Vorschuleinrichtungen in Westdeutschland; daher könnten alle Eltern frei wählen, ob sie ihre Kinder in eine kirchliche oder kommunale Einrichtung brächten. Dazu stellte die Sozialistische Aktion fest, daß bei dem bestehenden Mangel an Vorschuleinrichtungen den Eltern weder die Wahl des Kindergartens noch die Kritik an dessen Arbeit möglich ist; proletarische Eltern haben nicht die Freiheit der Entscheidung über die Erziehung ihrer Kinder, da sie unter starkem ökonomischen Zwang leben.

Aus der mangelnden Kritik und Mitarbeit der Eltern an den Kindergärten ist nicht zu schließen, daß die kirchlichen Einrichtungen von ihnen gebilligt werden. Die Klerikalen behaupteten darauf die Sozialistische Aktion habe als Ziel, die Vorschuleinrichtungen zur Manipulation zu mißbrauchen. Die Sozialistische Aktion stellte dagegen klar, daß es eine Erziehung geben muß, die die Kinder befähigt, die Widersprüche in der Gesellschaft zu erkennen und ihre eigenen Interessen durchzusetzen; nur eine Erziehung, die dies nicht tut - wie die kirchliche -, ist manipulativ.

Die Diskussion wurde dann mit der Abstimmung über die Resolution abgeschlossen; sie erhielt die deutliche Mehrheit der Teilnehmer und wurde telegraphisch den Tarifkommissionen übermittelt. Die Annahme der Resolution versetzte die Sozilistische Aktion und deren Sysmpathiesanten in anhaltende Euphorie - insbesondere, als dann noch durch die Lautsprecher die"Internationale"erklang -, als ob das "letzte Gefecht" schon gewonnen sei; doch die Scene hatte ein Nachspiel: ein aufgebrachter Zeuge, offensichtlich Polizist in Zivel, verprügelte den Tontechniker, der das Abspielen der Internationale nicht verhindert hatte, und alarmierte gar die Feuerwehr .....

Kritik

Es hatte sich als richtig herausgestellt, daß nur die konsequent sozialistische Argumentation eine so breite Solidarisierung herstellen konnte; doch müssen die Erfolge einer nur zweitägigen Diskussion in der Art großen Gruppen begrenzt, die Ergebnisse im großen ganzen verbal bleiben. Entscheidende Fragen jedoch wurden ohne Notwendigkeit nicht einmal andiskutiert: z.B. wurde in der angenommenen Resolution zwar die unmittelbare Durchführung von Streiks zur Durchsetzung der Forderung als selbstverständliche Konsequenz genannt, doch strukturierte dieser Punkt fast überhaupt nicht die diskussion; so ist die Forderung bisher Papier geblieben, und Anstrengungen zur Organisation der Streiks sind noch kaum unternommen - mit Ausnahme der Sozialpädagogen an den Berliner Ausbildungsstätten, die für ein familienunabhängiges Studiengehalt von 500.--DM streikten (eine Forderung, die in der Resolution auch noch vergessen wurde)!

Weiterhin muß selbstkritisch angemerkt werden, daß es eben nur gelang, für die Resolution der Arbeitsgruppe 3 eine Mehrheit zustande zu bringen; die konsequenter sozialistische Forderung der Arbeitsgruppe 1, die dort keine Mehrheit gefunden hatte, trat in der weiteren Argumentation zurück und wurde dem Plenum überhaupt nicht mehr zur Abstimmung vorgelegt.

Konfliktfeld «Heimerziehung»

Zielvorstellungen

In den Vorbereitungsdiskussionen hatten wir unsere Agitationsaufgabe dahingehend bestimmt, am Beispiel Heimerziehung den Beitrag herkömmlicher Sozialarbeit und ihrer Institutionen im Klassenkampf "von oben" darzustellen, ihre traditionelle Ideologie und Rationalisierung zu zerstören und Perspektiven einer an die Wurzel der Probleme gehenden, also sozialistischen Sozialarbeit sowie deren organisatorische Konsequenzen zu entwickeln.

Zum Ablauf der Diskussion

Die Einleitung bildete ein Referat von J. P a r s d o r f e r, Köln, über "Heimerziehung in der Kritik". Es blieb liberal, missbilligte Anachronismen, und war trotz gegenteiliger Versicherungen unpolitisch. Die Teilnehmer des "Konfliktfeldes" Heimerziehung (ca. 600) beschlossen per Abstimmung, nicht in die vorgesehenen Arbeitsgruppen zu gehen, sondern im Plenum weiterzuarbeiten.
Im Anschluss an unseren (akzeptierten) Tagesordnungsvorschlag beschäftigte man sich mit der Tatsache, dass der weitaus überwiegende Teil der Jugendlichen im Erziehungsheim aus proletarischen Familien stammt, und den sich daraus herleitenden Fragen: 1. Welche Ursachen hat diese Zusammensetzung in den Erziehungsheimen, und wie sind die Sozialisationsbedingungen, bzw. wie verläuft der Deklassierungsprozess derer, die schlisslich im Heim landen ? 2. In welcher Weise trägt die Heimerziehung dieser Zusammensetzung Rechnung (Anknüpfung an die bisherigen Lebensumstände der Jugendlichen, Entwicklung von politisch legitimierbaren Perspektiven), also die Frage nach Heimstruktur und deren Funktion ?
Für den nächsten Tag waren Praktiker-Berichte vorgesehen, denen wir einen klassenanlytischen Bezugsrahmen vorausschickten, um daraus unsere politischen Fragen an die Praxisberichte und die Gesichtspunkte für deren Diskussion abzuleiten: 1. Wird an die Sozialisationserfahrungen der Arbeiterjugendlichen angeknüpft ? 2. In welchem Verhältnis zueinander stehen therapeutische und politische Intentionen ? 3. Welche Art von (Re-)Integration ist intendiert: bewusstlose Anpassung oder klassenbewusste Solidarität ? 4. Wie geht die Entwicklung von Solidarität mit dem klassenbewussten Proletariat in die Projekt-Konzeption ein ? 5. Trägt das Projekt in irgendeiner Weise zur politischen Organisation auch der beteiligten Sozialarbeiter und Erzieher bei ?
Der erste Referent, R. W e r n e r, über das Jugendheim Abtshof in Hennef, erwies sich als unfähig, diese Fragen auch nur zu verstehen, geschweige denn zu beantworten. Der zweite, W. A y a s s, über das Jugendwohnheim Christophorus-Haus in Karlsruhe, zeigte immerhin Problembewusstsein und einigen guten Willen, auf die angesprochenen Fragen einzugehen. Im Bericht über die Lehrlings-Kollektive in Frankfurt versuchten wir diese Fragen politisch-pädagogisch zu beantworten, wenn wir auch vielleicht der Tendenz zur unpolitischen Rezeption eines interessanten pädagogischen Versuchs noch nicht entschieden genug entgegengetreten sind.
Ein Heimerzieher, der selbst 7 Jahre in einem Fürsorge-Erziehungs-Heim gewesen war, stellte an die Versammlung die Frage, warum man über den Problemkreis "Heimerziehung" diskutiere, ohne dass die Betroffenen, nämlich Heimzöglinge, eingeladen worden seien, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Seine Beiträge schienen die Mehrzahl der Erzieher ziemlich zu schokkieren; als er nämlich auf Sexualität zu sprechen kam, verliessen einige den Saal, darunter mehrere Nonnen.
"Dort wird konsequent die Homosexualität gezüchtet. Es werden Minderwertigkeitsgefühle erzeugt, das Gefühl der völligen Ohnmacht vermittelt und der Wille gebrochen, etwas positiv zu verändern. Versetzt euch nur einmal in unsere Lage! Erst die Repression der Eltern: Wenn Du nicht parierst, kommst Du ins Heim! Aber welches Heim ist nach dem Prinzip aufgebaut, uns zu helfen, damit wir uns selbst helfen können ?"
Als sich die Versammlung bemüssigte, auf die Vorwürfe einzugehen, wurde aber vielmehr diskutiert, ob ein Erzieher dasselbe Mittagessen zu sich nehmen könne wie die Heimzöglinge. Sie schienen ihre eigenen Schlagwörter über demokratisches Verhalten vergessen zu haben, denn von solchen Ideen, wie die Sschaffung eines Heimrates, in dem die Zöglinge ihre Interessen vertreten können, hatte man noch nichts gehört. Insgesamt hatte man den Eindruck, dass es unbequem war, auf die tagtäglichen Probleme der Heimerziehung einzugehen; es war nämlich viel einfacher, in altbewährter Methode progressive Reden zu halten, um damit der Realität auszuweichen.
In der Debatte um die Praxisberichte wurden bereits Forderungen erhoben, die unmittelbar zur Diskussion und Verabschiedung einer Resolution überleiteten. Zwei Resolutionen wurden vorgelegt, die eine so unspezifisch und abstrakt, dass sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt der letzten 150 Jahre hätte zusammengestellt sein können; sie konnte kein ernsthafter Diskussionbeitrag sein. Die zweite, von uns eingebracht, versuchte einen allgemeinen klassentheoretischen Bezugsrahmen mit einer Reihe von konkreten Forderungen zu verbinden. Bevor sie aber richtig diskutiert werden konnte, verliess die Reaktion (ca. 400 Leute) geschlossen den Raum; die übrigen (ca. 200) Teilnehmer diskutierten dann die Resolution auf einer politisch angemessenen Ebene, wobei sich Linksliberale (zB. M o l l e n h a u e r) und Linke (die Mehrheit) gegenüberstanden. Nach etwa zweistündiger Debatte wurde die Resolution von der beschriebenen Restgruppe mit 7 Gegenstimmen angenommen.
(Siehe Kasten folgende Seite !)

Zu einigen Problemen

Die Arbeitsgruppe Heimerziehung setzte sich gr aus drei, in sich wiederum heterogener Gruppierungen zusammen: Reaktionäre (Verbandsfunktionäre, Kirchenleute, ideologisierte Heimerzieher); Links-liberale (Wissenschaftler wie Mollenhauer, Pongatz, Thiersch); Linke. Daraus ergab sich für uns u. a. die Schwierigkeit, gegenüber der Reaktion streckenweise (zB. in Bezug auf Sozialisations- und Heimstruktur-Probleme) in Übereinstimmung mit den liberalen argumentieren zu müssen, aber ebenso die Notwendigkeit, ihre wissenschaftliche Entpolitisierung der Diskussion und ihren reformistischen Optimismus klar genug zu bekämpfen.

Es war recht deutlich, dass für viele Sozialarbeiter das Feld politischer Theorie und Praxis noch ziemlich neu war. Dies schlug sich zB. darin nieder, dass unsere Agitation in der Hauptsache von einigen wenigen Individuen getragen wurde; aber auch in der relativen Unfähigkeit der "linken Massen", ideologisch-reaktionäre Beiträge nicht nur mit lautstark-sprachloser Empörung, sondern segierender Argumentation und Agitation zu beantworten; daraus müssen dringend Konsequenzen gezogen werden.

Fehler

Zwei klare Fehler müssen selbstkritisch verzeichnet werden: In der Diskussion der Sozi-

R e s o l u t i o n
des Konfliktfelds "Heimerziehung"

Deklassierungsprozesse, die zu abweichenden oder dissozialem Verhalten Jugendlicher führen, die zum überwiegenden Teil aus der Arbeiterklasse stammen, haben ihren Ursprung in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen unsererer Gesellschaft. Sozialarbeit stellte sich bisher als Erfüllungsgehilfe und Disziplinierungsapparat zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung der herrschenden Normen und deren Vertretern dar. Will sie nicht weiterhin nur an Symptomen kurieren und die augenfälligsten "Missstände" verschleiern helfen, muss sie ihre Arbeit unter antikapitalistische Perspektiven stellen. Sie muss sich selbst organisieren und sich organisatorisch mit denen verbinden, die sich dieselben Zile gesetzt haben.

Andererseits gibt es unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen für Jugendliche, die den gesellschaftlichen Zwang und die mehr oder weniger verschleierte Unterdrückung in der Heimerziehung ohne Maske manifest erfahren haben, keine annehmbare und praktikable Zukunftsperspektive, die nicht die Überwindung bestehender Herrschaftsverhältnisse beinhaltet.

Folgende Forderungen im Bereich der Heimerziehung, für die wir in der nächsten Zeit kämpfen werden, verstehen wir sowohl als angemessene Vertretung der Interessen der Jugendlichen wie auch als einen Beitrag der politischen Perspektive der Sozialarbeit:

1. Orientierung der pädagogischen Arbeit an Sozialisationserfahrungen der Kinder und Jugendlichen und Vorbereitung auf solidarische Wahrnehmungihrer klassenspezifischen Interessen.

2. Zusammenfassung aller pädagogischen Berufe im Hochschulbereich.

3. Vierwöchiger Bildungsurlaub pro Jahr für alle im sozialpädagogischen Bereich Tätigen (alle drei Jahre ein Vierteljahr).

4. Gehalt von 1 500.-- DM für alle fachlich ausgebildeten Erziehungskräfte (1 000.-- für Praktikanten) und geregelte Arbeitszeiten.

5. Demokratisierung der Heime:
a) Aufhebung der hierarchischen Heimstruktur
b) Selbstverwaltung (personelle und finanzielle Autonomie gegenüber dem Träger)
c) Öffentlichkeit (freier Zugang für politische Gruppen
d) Tarifgerechte Entlohung der Arbeit; Auszahlung von Lebenshaltungskosten in Höhe von 350.-- bis 500.-- DM für Schüler; Taschengeld abschaffen.
e) Polytechnische Erziehung und eine angemessene Berufsausbildung
f) Abschaffung sexueller Repressionen, Koedukative Heime
g) Abschaffung zölibatärer Erzieher
h) Aufhebung des Gettocharakters der Heime durch Verlegung aus ländlichen isolierten Gebieten heraus.

Darüber hinaus werden wir fur die Durchsetzung folgender Alternativen kämpfen:

1. Einrichtung von Jugendkollektiven

2. Einrichtung von Jugendberatungsstellen (klassenspezifische Beratungsstellen in proletarischen Wohnvierteln ohne Diffamierungscharakter). .

3. Einrichtung von Jugendhotels als voruber-gehende Wohnmöglichkeit für Jugendliche aus der Arbeiterklasse, die mit ihrer Familien-und Heimsituation unzufrieden sind und für sie geeignetes Jugendkollektiv suchen.

Forderungen:

1. Positives Kinder- und Jugendrecht (Jugendkonfliktrecht).
a) Aufentahltsbestimmungsrecht
b) Freie Berufswahl
c) Selbstbesimmungsrecht in allen institutionellen Zusammenhängen (Elternahus, Heime)
d) Freie Sexualität (Aufhebung des Kuppeleiparagraphen)
e) Anspruch auf Deckung der persönlichen Unterhaltskosten
f) Anspruch auf Wohnung und Deckung der Einrichtungskosten

2. Institutionalisierung von Jugendkollektiven, Jugendhotels und Jugendberatungsstellen für die Arbeiterjugend.
a) Bereitstellung von Wohungen und Räumlichkeiten
b) Deckung der Einrichtungs- und laufenden Kosten aus öffentlichen Mitteln
c) Bereitstellung von Personal, das eine klientenorientierte Ausbildung erhalten hat (nicht wie bisher an den herrschenden Normen orientierte)
d) Anbieten schichtadäquater Erziehungsstile (kollektivorientierte Erziehung)
e) Möglichkeit gemischtgeschlechtlichen Zusammenlebens
f) Bereitstellung psychotherapeutischer Möglichkeiten
g) Unabhängigkeit von Sozialbürokratie und karitativen Verbänden
h) Ausweitung dieser Einrichtungen für alle Jugendlichen, nicht nur für die, die bisher der öffentlichen Erziehung unterliegen

alisations- und Deklassierungsbedingungen proletarischer Jugendlicher gerieten wir selbst (zusammen mit den Liberalen) zu sehr in eine wissenschaftlich-informierende Haltung, die zwar einem Informationsbedürfnis der Teilnehmer entsprach, aber den entpolitisierenden Tendenzen der Diskussion Vorschub leistete.

Die für einen Abschnitt der Arbeit vorgesehene Taktik, die Erzieher aus ihrer Praxis sprechen zu lassen, um dieses Material dann agitatorisch zu wenden, beruhte auf einer falschen Einschätzung der Lage. Zum einen war die Zeit für ein solches Vorgehen zu kurz, zum anderen benutzte die Reaktion diese Möglichkeit zu schrankenloser Rechtfertigung, durch die die verunsicherte Mehrheit der Teilnehmer wieder Boden unter die Füsse zu bekommen versuchte. Diesen Fehler konnten wir erst später durch verstärkte und kompromisslose Selbstdarstellung und Agitation unsererseits wieder auffangen.

(Fortsetzung nächste Seite!)

Zur Reaktion der Teilnehmer

Dass wir mit unserer Argumentation und Agitation nicht nur uns selbst erreicht haben, zeigte die Grösse der Gruppe, mit der nach dem Auszug der Reaktion unsere Resolution diskutiert und verabschiedet werden konnte. Auffällig aber auch an der Reaktion der Reaktionäre war deren ausgesprochene Ambivalenz: Einerseits reagierten sie auf unsere Agitation in bezug auf Klassengesellschaft, Klassenfunktion der Sozialarbeit und revolutionäre Perspektive stark aggressiv abwehrend, nannten dies alles "ideologisch und nicht zur Sache gehörig" und kämpften gegen eine Pädagogik, die nur die "Heranbildung von ideologischen Fussvolk" im Auge habe. Andererseits wurde uns bei informellen Gelegenheiten (in der Pause, im Foyer, Nach Schluss der Diskussion) sehr häufig zu verstehen gegeben - und zwar von Leuten, von denen man es zunächst aufgrund der beschriebenen aggressiven Abwehr gar nicht vermutet hätte - , dass wir "im Grunde" recht hätten. Diese Ambivalenz der Reaktion auf linke Argumentation ist zum einen sicher ein Reflex der ambivalenten Situation des Sozialarbeiters (permanente Konfrontation mit den Widersprüchen der Klassengesellschaft; aufstiegsorientiertes, antiproletarisch-ideologisches Selbstverständnis), zum anderen ein Reflex ihrer psychologischen Lage: das labile Gleichgewicht zwischen der hohen ethisch-idealistischen Selbstanforderung und der resignativen Einsicht in die durch die Institutionen beschnittenen Möglichkeiten wird durch derartige politische Angriffe empfindlich gestört, weshalb diese (obwohl deren Richtigkeit insgeheim zugestanden wird) offiziell aggressiv abgewehrt werden müssen. Auch künftige Agitation wird diese Ambivalenz zu beachten haben.

Konfliktfeld «Familie»

Wahrscheinlich gilt die grundsätzliche Bemerkung zum Einleitungsreferat, nicht nur für dieses Konfliktfeld. Ein Einleitungsreferat ist für die Teilnehmer nur dann von Wert,

> wenn es solche Ergebnisse oder Erkenntnisse bringt, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden und damit nicht bekannt waren,
>
> wenn diese Ergebnisse in einem überschaubaren Kreis diskutiert werden können.

Beide Punkte trafen für das Referat von Professor Dr. G. Wurzbacher nicht zu.

Ausgehend von dem Begriff der Sozialisation stellte er zwei sozialisationshemmende Faktoren der Familie vor:

> die eheliche Zerrüttung,
>
> mangelnde politische Sozialisation der Familienmitglieder (gemeint war die Isolierung der Kleinfamilie).

Soweit konnte man dem Vortrag noch relativ geduldig folgen, wenn man großzügig darüber hinweg sah, daß die vorgetragenen Daten z.T. 12 Jahre alt waren, da man stets im Glauben war, daß im Kommenden entscheidende Konsequenzen gezogen würden.

Was stattdessen angeboten wurde, war allerdings fatal:
Nicht die Ursachen der Scheidung bzw. deren Zunahme wurden untersucht, sondern es wurde "nach besseren Methoden" gerufen, um "qualitativ und helfend eingreifen zu können".

Die"Methoden" wurden dann vor allem in "der Bereitstellung" hauptamtlicher Psychologen, Sozialarbeiter und Soziologen zur Betreuung von Kindergärten und Schulen gesehen, um Problemkinder eher zu erkennen.

Ehe- und Familienberatung könnten sich dann der Eltern annehmen und in "hoffnungslosen Fällen Rat und Mut zu einer Ehescheidung" geben.

Es wurde sogar aufgerufen, die Scheidung vom traditionellen negativen Bild zu befreien, als "Korrekturinstrument einer Gesellschaft "zu sehen.

Daraus sollten dann ehegesetzliche Schutzmaßnahmen der Frau erfolgen, die ihrer "Würde und personalen Selbstverwirklichung" besser entsprechen würden. Daraus würden dann Rückwirkungen auf den Sozialisationsprozeß der Frau im allgemeinen erhofft (Schule und Berufsausbildung).

Die Möglichkeit einer Ehe auf Zeit - im übrigen der einzige Gedanke, der nicht mehr ganz den Normen der Gesamtgesellschaft entsprach - , wurde mit dem Hinweis auf die Desintegration des verwandtschaftlichen Verhältnisses zu den eigenen Kindern sowie durch Mißtrauen, Unsicherheit und beständige, bis zum Haß sich steigernde Eifersucht - hervorgerufen durch die vorangegangene Intensität und Intimität der Bindung sogleich selbst wieder verworfen.

Sexualpädagogische Hilfen, d.h. "vorbereitende Familienpädagogik kann dem Prozeß der ehelichen Veralltäglichung seine Schärfe nehmen und damit die eheliche und familiale Gestaltungs- und Bindefähigkeit erhöhen".

Nachbarschaftliche Wohngemeinschaften (was der Vortragende darunter verstand, war und wurde nicht ersichtlich) durch genossenschaftlich geregelte Ausstattung wurden als eine Möglichkeit der "Selbstbestimmung" angesehen.

Das Grundsatzreferat brachte nicht einen neuen anregenden Gedanken, der die Misere der Institution Familie strukturell oder auf seinen funktionalen Mangel hin untersucht. Angeboten wurden Augenblickslösungen ohne jegliche Perspektive.

Von einer Diskussion im Anschluß an das Grundsatzreferat zu sprechen wäre falsch. Abgesehen von der Menge der Teilnehmer spielte sich eine Reihenfolge der Meldungen sehr schnell mit folgender Tendenz ein: "Wer das Referat unterstützt, darf lange sprechen, der, der die Möglichkeit der grundsätzlich anderen Überlegung anbietet, wird sehr schnell vom "Diskussionsleiter" mit eigenen Beiträgen auf den "richtigen Platz verwiesen. Die"Diskussionsleitung" ging sogar soweit, daß selbst der Referent nicht mehr Stellung zu beziehen brauchte.

Arbeitsgruppe 5

Das Familienbild des Sozialarbeiters: "die intakte Familie"

Die Referentin war Krescentia Barth, die aus ihrer Untersuchung über das Familienbild des Sozialarbeiters berichtete.

Die Sozialarbeiter sehen die Familie nicht als primär-historische, gesellschaftliche Kategorie, sondern als eine naturwüchsig entstandene Institution. Die Sozialarbeiter sehen keine Sozialisation im schichtenspezifischen Gefüge, sondern eine individuelle unter bürgerlich patriarchalischen Merkmalen.

Dem Vater gehört die Ernährer- und Schutzfunktion, der Mutter die der Hausfrau, die bewahrende und behütende Rolle.

In fast allen Berichten erfolgt eine tendenzielle Berichterstattung über die Mutter. Die Problematik der Doppelrolle, einerseits Hausfrau, andererseits berufstätige Frau wird in fast allen Fällen zu ungunsten der Berufstätigkeit ausgelegt. Vater- und Muttersein sind Naturkategorien.

In den seltensten Fällen werden Hinweise über die Geschwisterrolle gegeben. Wenig oder gar nichts wird über die Beziehungen der Ehepartner untereinander ausgesagt. Die Erklärung hierfür liegt einerseits darin, daß man die Beziehungen als ein Tabu betrachtet oder andererseits darin, daß man ihr keine Bedeutung zumißt.

Die in der Untersuchung deutlich hervorgetretenen Tendenzen, daß Sozialarbeiter das "gültige Leitbild" der Familie vertreten, daß sie eindeutige Mängel in der Ausbildung im theoretischen Bereich aufweisen und Faktenwissen nicht verarbeitet haben, kam deutlich in der Diskussion zum Ausdruck.

Die Bedeutung der schichtspezifischen Sozialisation - einer der Hauptaufhänger der Diskussion -, war den Teilnehmern als Faktum klar. Inhaltlich mußte aber erst einmal verdeutlicht werden, welche Schichten in unserer jetzigen Gesellschaft überhaupt bestehen und auf was dies zurückzuführen ist; was mittelschichtorientierte Erziehung z.B. bedeutet. Dadurch wurden die Mitglieder der Sozialistischen Aktion wieder in die Rolle des Lehrenden und Besserwissenden hineingedrängt, da offensichtlich nur sie über diese Wissensfragen Auskunft geben konnten. Eine weitere Erschwerung der Diskussion war darin zu sehen, daß einige Genossen das Schlagwort: "Zerschlagt die Kleinfamilie" in die Diskussion warfen, ohne genauer damit zu sagen, was sie unter Zerschlagen verstehen, noch was sie stattdessen anbieten würden und warum es gerade die Kleinfamilie ist, die angegriffen werden muß.

Hinzukam, daß ja gerade dieses Schlagwort den einzelnen Sozialarbeiter persönlich angeht, da ja auch er in einer Kleinfamilie lebt. Ein "Zerschlagen" seiner Familie mußte bei ihm in der Diskussion Angst und Abwehr hervorrufen, sodaß die Fronten in der Diskussion z.T. unüberwindlich waren. Es gelang uns leider nicht, die negativen Auswirkungen der Kleinfamilie konkret und verständlich genug darzustellen.

Eine Resolution wurde nicht durchgebracht, aber am Ende der zweieinhalbtägigen Diskussion zeigte sich doch, daß einige "Sympathisanten" gewonnen worden waren, die künftig die Familie unter etwas problematisierenden Aspekten sehen würden.

Leserbrief

Betrachtungen und individuelle Gedanken zum 4. Deutschen Jugendhilfetag.

In verschiedenen Bereichen der Jugend- und Familienhilfe in Berlin tätig, haben wir als Sozialarbeiterinnen am 4. Deutschen Jugendhilfetag in Nürnberg, Konfliktfeld Familie, teilgenommen.
Beide hatten wir erhofft, für die praktische Arbeit Möglichkeiten der Wissensfindung und des Austausches mit Kollegen zu finden. Ausserdem war es uns ein Hauptanliegen, mit relevanten Mitteln uns für die Interessen unserer Klienten gesellschaftspolitisch einzusetzen. Vorgefunden haben wir statt einer sachlichen Auseinandersetzung ein von der Sozialistischen Aktionsgemeinschaft vorbereitetes Konzept, das ideologische und intolerante Ausführungen der Mehrheit oktroyiert wurde.
Es muss allerdings zugestanden werden, dass die kritischen Ansätze zur Aufzeigung von Mängeln in unserer Gesellschaft durchaus ein positiver Arbeitsansatz hätten sein können. Dennoch entstand der Eindruck, dass es nicht darum ging, positiv zu arbeiten und sich für die Erreichung berechtigter Forderungen der Klienten einzusetzen, sondern es ging der Sozialistischen Aktionsgemeinschaft allein darum, ihre Ideologie (Revolution) durchzusetzen. Die alleinige Forderung nach Durchsetzung der Ideologie und die damit angewandten dialektischen Methoden haben wertvolle Aktivität der Praktiker nicht zum Zuge kommen lassen. Der Ruf, Forderungen durch Solidarisierung zu erreichen, ist verschiedenen Richtungen wiederholt gestellt worden. Der Sozialistischen Aktionsgemeinschaft ging es jedoch nicht um den Klienten, sondern um das Erreichen ihrer ideologischen Konzeption.
Da in der Sozialistischen Aktionsgemeinschaft Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen und Sozialwissenschaftler, überwiegend also Fachkräfte, die für und mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, vertreten waren, ist ihr Vorgehen mit autoritärer, intoleranter und nur ideologisch bestimmter Haltung um so erschrekkender.
Als Ergebnis des 4. Deutschen Jugendhilfetages sehen wir die Hoffnung, dass viele soziale Fachkräfte bereit sind, sich für und mit ihren Klienten zu solidarisieren und die Äusserungen der Sozialistischen Aktionsgemeinschaft als Aktivierung für die Durchsetzung eigener Initiativen und gesellschaftspolitischen Denkens aufzugreifen.
Auch den Trägern der öffentlichen und freien Hilfe sollte bewusst werden, dass allein eine grössere Aufgeschlossenheit für die Nöte des Klienten und daraus resultierend die Bereitschaft zu neuen Arbeitsansätzen zu finden, die Probleme in unserer Gesellschaft tatsächlich beseitigen helfen kann.

Berlin, 4. Juni 1970

Dagmar Dressler
Regina Stephan

Konfliktfeld «Schule und Betrieb»

Für das "Konfliktfeld Schule und Betrieb" hatte sich die Aktionsgruppe vorgenommen den Klassencharakter des westdeutschen Ausbildungssystems zu veranschaulichen und aufzuzeigen, welchen Beitrag Sozialarbeiter und Erzieher zur Mobilisierung und Organisierung der proletarischen Jugend, die sich noch in der Ausbildung befindet, leisten können.

Unsere Agitation lief darauf hinaus, betriebliche Lehrlingsausbildung und Schule nicht jeweils getrennt zu behandeln, sondern die Schule in ihrer Funktion als Produzent von Arbeitskräftenachwuchs in die Aufarbeitung der Lehrlingssituation einzubeziehen. Angelpunkt war die Lage der Arbeiterjugend vor und nach dem Eintritt in Ausbeutungsverhältnisse.

In den beiden Hauptreferaten von Horst K e r n (Universitat Gottingen) und Horst R u m p f (Universität Konstanz) wurde diesem Anspruch in unterschiedlicher Weise Rechnung getragen. Kern gab eine vielfältig belegte Darstellung des Ausbeutungscharakters der Lehrlingsausbildung.

Wir dokumentieren den letzten Teil seines Referates:

Dr. Horst K e r n

Die Betriebsstruktur und ihre Auswirkung auf die Situation junger Arbeitnehmer

Auszüge aus dem Referat

Der Jugendliche im Betrieb ist zunächst das Objekt eines Sozialisationsverfahren, das ihn auf jene Rolle ausrichtet, die er normalerweise erst später voll wird ausfüllen können: auf die Rolle als Arbeitskraft.

In diesem Sozialisationsprozeß wird ein aufs Notwendigste beschränktes Potential an Arbeitsqualifikationen vermittelt und die unkritische Identifikation mit der überkommenen Arbeitnehmerrolle und der Gesellschaft, die diese Rolle definiert, angestrebt.

Die ersten Jahre im Betrieb sind also primär Latenzzeit: Präparation für dauerhafte Funktionstüchtigkeit im Dienst kapitalistisch organisierter Produktion. Daneben erfüllen die Jugendlichen jedoch bereits in dieser Phase direkt produktive Funktionen, allerdings in unterschiedlicher Stärke. Sie sind dadurch von vornherein nicht nur Gegenstand spezifischer Sozialisation, sondern zu gleich auch direkt Objekt unternehmerischer Ausbeutung. Der Ausbeutungscharakter des Arbeitsverhältnisses, in dem viele Jugendliche heute stehen, wird an verschiedenen Momenten deutlich. Ich deute nur zwei besonders wichtige Aspekte an:

1. Die Mißachtung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen - das Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960 regelt die Beschäftigung von Lehrlingen und jugendlichen Ungelernten. Es beschränkt die tägliche Arbeitszeit der Jugendlichen auf acht und die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 bzw. 44 Stunden, es verbietet Nachtarbeit und eine Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen, es legt eine Pausenzeit von einer Stunde pro Tag fest, es erläßt Beschäftigungsverbote für gefährliche Arbeiten sowie für Akkord- und Fließbandarbeiten und es verbietet körperliche Züchtigung.

Diese Vorschriften sollen vor allem die Arbeitsbelastung der Jugendlichen erträglich halten und dem Verwertungsinteresse der Arbeitgeber Grenzen setzen. Seine Funktion vermag das Gesetz freilich nicht zu erfüllen. Nicht nur, weil die Schutzregeln nicht weit genug gehen (ist es z. B. vertretbar für einen Arbeitnehmer unter 16 Jahren 40 Stunden Arbeit pro Woche vorzusehen ?), sondern vor allem deshalb, weil sie in vielen Fällen nicht eingehalten werden.

Diese Haltung ist kapitalistischen Ursprungs: Sie erklärt sich aus dem Interesse der Unternehmer an einer möglichst ergiebigen Nutzung bereits der jugendlichen Arbeitskraft.

2. Die Fehlleitung der Ausbildung -
Die Unternehmer gestalten und kontrollieren unser System der Berufsausbildung, lediglich lose überwacht durch die Wirtschaftsverwaltung, die sich ihrerseits privatwirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtet weiß. Dies gibt die Möglichkeit, die Ausbildungspraxis so festzulegen, daß die ökonomischen Interessen der Unternehmer möglichst nachhaltig erfüllt werden: Jugendliche Arbeitskraft ist bekanntlich billige Arbeitskraft, zumal dann wenn sie nur mit dem entlohnt wird, was das Lehrlingsrecht "Erziehungsbeihilfe" nennt.

Dieser Umstand verführt gewiß zur "Lehrlingszüchterei": Zur Ausbildung von Lehrlingen in Berufen ohne Zukunft, für die objektiv kein oder nur ein vergleichsweise geringerer Ausbildungsbedarf besteht. Das quantitative Ausmaß dieser Überproduktion an Fachkräften in bestimmten Berufssparten ist exakt nur schwer auszumachen. Fest steht aber, das die Berufswechslerquoten in Deutschland überdurchschnittlich hoch sind und daß diese hohen Fluktuationsraten auch daher kommen, daß vor allem im Handwerk zu viele Lehrlinge ausgebildet und damit in eine Berufsbahn gelenkt werden, die über kurz oder lang in einer Sackgasse endet.

Freilich: die partielle Überproduktion von Lehrlingen ist nur eine, wenn auch die offenkundigste Form der Ausbildungsfehlleitung unter ökonomischen Gesichtspunkten. Stärker verdeckt findet Ausbeutung heute im Rahmen vieler Lehrverhältnisse statt. Sie nimmt dabei vor allem die Form einer verkürzten, einseitig auf die jeweils vorherrschenden Betriebszwecke zugeschnittene Ausbildung an.

Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats stellt in ihren Empfehlungen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung fest: "Viele Lehrlinge werden im Betrieb unvollständig ausgebildet. Die Ursachen dafür sind in der Einseitigkeit der Einrichtungen und Arbeitsprogramme der Lehrfirmen zu suchen, die in vielen Fällen nicht durch eine Ausbildung in anderen Betriebsstätten kompensiert wird.

Vielfach sind die nötigen Einrichtungen vorhanden, auch werden alle berufstypischen Arbeiten in der Lehrfirma ausgeführt, die Lehrlinge werden aber nur einseitig beschäftigt oder in unvertretbarem Umfang zu unqualifizierten Routine- Hilfs- und Nebentätigkeiten herangezogen."

Das dieser Zustand nicht einfach eine Folge individuellen Versagens darstellt, sondern einen Systemdefekt: nämlich die Unterordnung der Ausbildung unter die ökonomischen Interessen der Unternehmen anzeigt, scheint nahezuliegen.

Das Fazit ist bedrückend: Es zeigt, daß unsere Gesellschaft - die ihrem eigenen Anspruch nach an demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien zu messen ist - die werktätige Jugend also 70 bis 80 % unserer Jugendlichen, frühzeitig und ungefiltert Verhältnissen aussetzt, die demokratischen Ansprüchen nicht zu genügen vermögen. Eine demokratische Industriegesellschaft muß ihren Jugendlichen die Chance einer Persönlichkeitsentwicklung geben, die autonomes Handeln in allen Lebensbereichen zum Ziel hat. Den Jugendlichen im Betrieb wird diese Möglichkeit heute vorenthalten. Der Eintritt in den Betrieb ist für sie unter den obwaltenden Verhältnissen gerade mit dem Verzicht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und dem Zwang zur Übernahme beschränkter produktiver Funktionen verbunden.

So zeigt sich auch hier die für unsere Verhältnisse typische Schere zwischen demokratischem Anspruch und antidemokratischer Praxis, die nachhaltige Systemkorrekturen verlangt, wenn die Gesellschaft ihre eigenen Ansprüche nicht vollends verwirken will.

Der von Kern nahegelegte reformistische Schluß, das kapitalistische Produktionssystem sei "korrigierbar", brauche also nicht umgewälzt zu werden, fand in seiner eigenen Analyse keinen Anhaltspunkt. Sie erwies eindeutig, daß Ausbildungsverhältnisse in kapitalistischen Betrieben notwendig Ausbeutungsverhältnisse sein müssen.

Die Frage, die jetzt hätte beantwortet werden müssen war, ob die Schule als nicht unmittelbar dem Verwertungsprozeß ausgelieferte, vom Staat betriebene Institution eine Art Widerhaken sein könne, die die Jugendlichen auf die bevorstehende Ausbeutungssituation in der Weise vorbereitet, daß sie sie als solche durchschauen und ihr Widerstand entgegensetzen können.

Der zweite Hauptreferent (Rumpf) "verzichtete" jedoch gänzlich darauf, nach der tatsächlichen und möglichen Funktion der Schule im Kapitalismus zu fragen und beschränkte sich auf die typologische Schilderung angsterzeugender Unterdrückungsmechanismen in der schulischen Innenstruktur, wobei er die Analyse sogar noch auf das besonders "leistungsintensive" Gymnasium konzentrierte. In der Diskussion mußte er sich den Vorwurf gefallen lassen, den Klassencharakter des Schulsystems und seine Abhängigkeit vom Verwertungsinteresse des Kapitals übersehen zu haben.

Am nachfolgenden Tag gab Manfred L i e b e l (Berlin) in einem Kurzreferat eine Antwort auf diese bei Rumpf ausgesparte Frage. Wir dokumentieren einen Auszug aus seinen "10 Thesen zum Verständnis der Schule als Konfliktfeld", in denen sichtbar gemacht wird, in welcher Weise die Klassen- und Herrschaftsverhältnisse sich in der Schule widerspiegeln und welche Grenzen der Schulreform innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind:

Manfred L i e b e l

1 0 T h e s e n
<u>zum Verständnis der Schule als Konfliktfeld</u>
(Auszüge aus dem Referat)

Die Funktion der Schule im Kapitalismus besteht darin, die Reproduktion von Arbeitskraft in einem Umfang und in einer Qualifikationsabstufung sicherzustellen, die den Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte angepaßt ist. Da die erforderliche Qualifikationsstruktur sich immer schneller verändert, muß das Schulsystem, um den jeweils benötigten Arbeitskräftenachwuchs erschließen zu können, flexibel gemacht werden.

Diese Tendenz zur größeren Mobilität des Bildungssystems gerät tendenziell in Widerspruch zu der vom Herrschaftsinteresse diktierten Notwendigkeit zur Erhaltung sozialer Ungleichheit. Neben dieser Widerspruchsebene produzieren die Erfordernisse der industriellen Produktion unter kapitalistischen Bedingungen eine weitere Widerspruchsebene.

Die in der hochindustrialisierten Produktion zunehmend benötigten Grundqualifikationen implizieren ein Emanzipationspotential, das die vom Herrschafts- und Ausbeutungsinteresse des Kapitals diktierte Arbeitsteilung und Machtstruktur im Betrieb zu gefährden droht. Der hierin sich ausdrückende Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen muß in wachsendem Maße im Schulsystem selbst bereits aufgefangen werden. Dies soll die Schule dadurch leisten, daß sie neue Disziplinierungs- und Anpassungstechniken in den Schulmechanismus und neue ideologische Inhalte in den Lehrplan aufnimmt.

Die Art und Weise, in der die Schule ihre Funktion im Kapitalismus wahrnimmt, wirkt sich für die Arbeiterkinder und -jugendlichen besonders nachteilig aus. Zum einen rekrutiert sich aus ihnen nach wie vor die Masse der Lohnabhängigen, ihre Chancen, dem Lohnarbeiterdasein über eine schulische Höherqualifizierung zu entgehen, bleiben gering. D.h., die Kinder des Proletariats bleiben in ihrer überwiegenden Mehrheit am unteren Ende der Qualifikationsskala kleben und partizipieren so auch nur vergleichsweise gering an den emanzipatorischen Impulsen, die die Höherqualifizierung mit sich bringt. In dem Maße, in dem ihnen gestattet wird, an der weiterführenden Schulbildung teilzuhaben, müssen sie dies mit besonderen Anpassungsleistungen an bürgerliche Normen und Sprachmuster erkaufen, ein Vorgang, der sie ihrer sozialen Identität häufig beraubt, sie so ihrer Klassenlage entfremdet und ihre Handlungsfähigkeit lähmt. In ihnen erzeugt die Schule ein Gefühl der Minderwertigkeit, sie werden eingeklemmt zwischen Ohnmachtsgefühlen und vagen, an ihre individuelle Anstrengung fixierte Aufstiegshoffnungen.

In diesem Dilemma offenbart sich, daß die Schule nicht nur eine repressive Institution ist, von der alle Schüler gleichermaßen betroffen sind, sondern daß sie ein Herrschaftsinstrument, daß sie Klassenschule ist. Sie verlöre diesen Charakter auch dann nicht, wenn das Dreiklassenschulsystem (Gymnasium, Realschule und Hauptschule) unter dem Motto der sozialen Integration und Herstellung der Chancengleichheit integrierten Gesamtschulen eines Tages gänzlich "aufgehoben" wäre.

Soziale Integration in der Schule, die nicht basiert auf einer Aufhebung des Klassenantagonismus in der Gesamtgesellschaft, verkommt zwangsläufig zur Volksgemeinschaftsideologie und hindert die Arbeiterkinder an der Erkenntnis ihrer Klassenlage. Selbst dann, wenn es der Gesamtschule gelänge, die Chancenungleichheit verringern zu helfen (wofür es noch keine Anzeichen gibt) könnte sie den Arbeiterkindern keine Perspektive solidarischer Überwindung des Klassenschicksals vermitteln, sondern sie nur zu individuellem Aufstiegsstreben motivieren und sie damit in verschärfte Konkurrenzsituationen hineintreiben.

Die Konkurrenz der Individualleistungen feiert bereits in der Gesamtschule selbst Triumphe. Die Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse in der Schule erhöht zwar das Konfliktpotential, relativiert jedoch <u>den</u> Schulkonflikt, in dem sich die Funktion der Schule im Kapitalismus am anschaulichsten widerspiegelt: den Konflikt zwischen Lehrer und Schüler.

Hinzu kommt: Mit der Entwicklung programmierter Unterrichtseinheiten, differenzierter Kontroll- und Meßverfahren, die eine genauere Dosierung der gerade noch benötigten Qualifikationen ermöglicht, sowie mit der Institutionalisierung von Gruppendynamischen Techniken, die die im Schulmechanismus auftretenden Konflikte nicht nur unter Kontrolle halten, sondern regelrecht zum Vehikel dosierter Lernprozesse werden lassen, verliert die Person des Lehrers <u>objektiv</u> an Bedeutung. Er ist dann nicht mehr die Schlüsselfigur, die die Funktion der Schule im Kapitalismus zu gewährleisten hat und oft genug dabei überfordert wird, - und tritt in den Hintergrund. In dem Maße, in dem die Schule den Erfordernissen der Produktion angepaßt wird, übernimmt sie selber Merkmale industrieller Produktion.

Es ist durchaus möglich, daß der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft in der technokratisch reformierten Schule der Zukunft viel unmittelbarer zum Ausdruck kommen wird, als das in der traditionellen Schule heute noch der Fall ist, und das sich hieraus neue Konflikte ergeben. Diese Konflikte werden auf den ersten Blick vermutlich als Aufstand der Schüler gegen die sich ausbreitende, als repressiv empfundene technische

(Fortsetzung Kasten nächste Seite !)

(Fortsetzung von der vorgehenden Seite !)

"Apparatur" erscheinen. Da diese Apparatur jedoch selber von den gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt ist und eine bestimmte soziale Funktion erfüllt, ist in den antitechnokratischen Rebellionen bereits eine antikapitalistische Tendenz angelegt.

Zunächst ist es noch primär das Geschäft des Lehrers, die Funktion der Schule im Kapitalismus sicherzustellen und systemgefährdende Widersprüche im Schulsystem aufzufangen. In den sinnlichen Erfahrungen der Schüler wird einstweilen noch der Lehrer der neuralgische Konfliktpunkt bleiben, an dem sich ihre Interessen reiben. Die Schüler nehmen also den Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft nicht unmittelbar wahr, sondern vermittelt durch die Person des Lehrers, der selber zunächst als autonome Quelle der Repression erscheint.

Der Konflikt hat zunächst den Charakter des Autoritätskonflikts und wird diesen Charakter auch nicht von alleine verlieren. Trotz seines partikularen Charakters kann dieser Autoritätskonflikt jedoch ein erster Schritt sein, um zu einem Verständnis des Klassencharakters unserer Gesellschaft zu gelangen.

Für die Kinder der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums kann er die Entfremdung von der eigenen Klassenlage vorbereiten, denn die Lehrer erscheinen als verlängerter Arm der familiären Autorität. Für die Kinder der Arbeiterklasse ermöglicht er die erste sinnlich-kämpferische Konfrontation mit Angehörigen einer ihnen fremden und feindlichen Welt; der Autoritätskonflikt des Arbeiterkindes in der kapitalistischen Schule impliziert immer schon klassenspezifische Momente.

Während die Schulverwaltung aus der instinktiven Einsicht, daß der Lehrer-Schüler-Konflikt in der Schule nicht aufhebbar ist, ohne die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzuheben, sich auf die institutionalisierte Regulierung der Konflikte in der Schule beschränkt, vertreten liberal eingestellte Lehrer, Schüler und Erziehungswissenschaftler heute die "rebellische" Auffassung, die Konflikte seien durch eine radikale Demokratisierung der Binnenstruktur der Schule bereits unter kapitalistischen Bedingungen aufzuheben. Sie gehen dabei davon aus, daß die Konflikte aus einer ungleichen Machtverteilung in der Schule resultieren und deshalb durch die Egalisierung der Binnenstruktur aufgehoben werden oder zumindest ihren Charakter als Herrschaftskonflikt verlieren könnten. Sie übersehen dabei, daß die Funktion, die die Schule im Kapitalismus wahrzunehmen hat, der Demokratisierung entweder objektiv Grenzen setzt oder diese selbst als eine Art neuer Motivationstechnologie in Dienst nehmen kann. Demokratisierung steigert dann eher die Leistungsbereitschaft der Schüler, als die Schule an der Wahrnehmung ihrer Reproduktionsaufgaben zu hindern.

Eine Strategie des antikapitalistischen Schulkampfes kann deshalb die Demokratisierung der Schule nur als taktische Forderung aufnehmen, muß sie immer einen Schritt weitertreiben, als die Schule sie gerade rezipieren kann, und sie muß zugleich dafür Sorge tragen, daß die Demokratisierung der Schule von einer Umwälzung der kapitalistischen Produktionsstruktur begleitet wird. Eine vollends demokratisierte Schule auf der Basis von Gleichheit und Partnerschaft im Erziehungsprozeß ist erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich.

Schule und Betrieb galten bislang kaum als sozialpädagogische Handlungsfelder. Deshalb war zunächst schwer abzusehen, welche Teilnehmer aus welchen Motiven sich in diesem "Konfliktfeld" zusammenfinden würden. Es stellte sich schließlich heraus, daß vor allem betriebliche Lehrlingsausbilder, Vertreter von Handwerkskammern, Gewerkschaften, der kommunalen Schulbürokratien sowie eine relativ große Zahl von Studenten der höheren Fachschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik anwesend waren, insgesamt etwa 250 Leute.

Unsere Diskussionstaktik lief darauf hinaus, die bewußten und unbewußten Agenten des Kapitals aus der Reserve hervorzulocken, um an ihren Äußerungen und an ihrem Verhalten unmittelbar zu demonstrieren, daß in der betrieblichen und schulischen Ausbildung die Interessen der Arbeiterjugend mit Füßen getreten werden.

Die hierdurch im Plenum und in den Arbeitsgruppen voranschreitende Polarisierung zwischen pro- und antikapitalistischen Diskutanten führte rasch zu einer Basisverbreiterung der Linken. Ablesbar an der wachsenden Zahl derer, die unsere Argumentation in der Diskussion übernahmen und weiterführten, und an den Beschlüssen in 3 der 4 Arbeitsgruppen (siehe unten), zeigte sich, daß eine offene, die Notwendigkeit des Klassenkampfes auf allen Widerspruchsebenen begründende Agitation die Linke nicht zu isolieren braucht.

Der streckenweise vorherrschende Schlagwortcharakter der Diskussion erklärt sich u.a. daraus, daß die Verbreiterung der linken Basis kurzfristig von statten ging und die Lernprozesse entsprechend verkürzt waren. Deshalb entsprechen auch die relativ großen Abstimmungsmehrheiten noch nicht ohne weiteres einer gefestigten linken Fraktion. Es konnte nur Vorarbeit stattfinden.

Entscheidend war jedoch, daß den sich als "kritisch" begreifenden Teilnehmern Betrieb und Schule ins Blickfeld gerieten als die beiden zentralen Bereiche, in denen über das Klassenschicksal, die Lebensperspektive der Arbeiterjugend entschieden wird, in denen der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft unmittelbar zum Ausdruck kommt. Indem damit Betrieb und Schule als die Bereiche erkennbar wurden, in denen die proletarische Jugend Klassenbewußtsein ausbilden und den Klassenkampf aufnehmen kann, eröffnet sich auch denen, die die Jugend in diesem Kampf unterstützen wollen, eine adäquate Handlungsperspektive. Sie müssen, wo immer möglich, ihre pädagogische und politische Praxis über die Freizeit hinaus in Schule und Betrieb hinein verlängern, an die dortigen Konflikte anknüpfen und dort selbst die Entfaltung der Klassenkämpfe und die Organisierung der proletarischen Jugend vorantreiben.

Die im "Konfliktfeld Schule und Betrieb" gefaßten Beschlüsse markieren einige mögliche Praxisansätze.

Resolution
der Arbeitsgruppe 1

Die hier versammelten Sozialarbeiter und angehörige anderer Sozialisationsberufe weigern sich, länger der Disziplinierung der unterdrückten im Interesse der Herrschenden zu dienen.

Am Beginn aller Sozialarbeit stand Armenpolizei und charitative Fürsorge zur Stabilisierung des jeweiligen Herrschaftssystems. Die Erwartung an die Funktion des Sozialarbeiters hat sich trotz moderner Berufsideologien nicht verändert. Sozialarbeiter werden auch heute noch dafür bezahlt, die Objekte ihrer Tätigkeit an gesellschaftliche Normen und Interessen herrschender Gruppen anzupassen.

Die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Klienten werden nicht reflektiert, mögliche Verhaltensalternativen nicht angeboten. Wo die Anpassung unbequemer Einzelner oder Gruppen nicht gelingt, erfolgen Sanktionen, um die "gesellschaftlichen Außenseiter" zu bestrafen. Durch Angst vor Verlust der Existenzgrundlagen erfolgt häufig eine Scheinanpassung. Entsprechend werden die Sozialarbeiter ausgebildet.

Entreißt den Interessengruppen ihre Ideologiefabriken: Die Ausbildungsstätten! Für eine einheitliche universitäre Ausbildung aller Sozialisationsberufe!

Selbst wenn die Ausbildung gewisse emanzipatorische Ansätze vermittelt, geraten die Kollegen nach Eintritt in das jeweilige Praxisfeld unter den Druck der traditionellen Rollenerwartung. Unter dem Zwang, seine Kenntnisse und Fähigkeiten – also sich selbst – an den jeweiligen Arbeitgeber zu verkaufen, sieht sich der Einzelne genötigt, sich resignierend zu fügen. Damit erweist sich die Arbeit des Sozialarbeiters als ebenso fremdbestimmt wie die eines Arbeiters in der Produktion.

Die objektiven Interessen des Sozialarbeiters stellen ihn daher an die Seite derer, die er bisher als "Klienten" überwachen, anpassen, isolieren oder manipulieren sollte.

Das erfordert konkret seine Parteinahme im Kampf der Klassen auf der Seite der macht- und herrschaftsunterworfenen Lohnabhängigen.

Unsere Aufgabe kann es also nicht sein, Kinder und Jugendliche proletarischer Herkunft an die bestehenden Unterdrückungsverhältnisse anzupassen. Wir müssen vielmehr lernen, Felder zu arrangieren und strukturieren, die ihnen Möglichkeiten zur Solidarisierung im Kampf um Emanzipation bieten. Eine solche Emanzipation, die Aufhebung der Klassengesellschaft, kann letzlich nur erfolgreich sein, wenn die Ursachen und Ursprünge der Unterdrückung bloßgelegt, angegangen und beseitigt werden.

Der Hauptwiderspruch liegt in der gesellschaftlichen Erarbeitung des Mehrwerts und seiner privaten Aneignung. Er basiert aufden gegebenen ökonomischen Verhältnissen, konkret auf dem auf Profitmaximierung angelegten kapitalistischen Verwertungsprozeß, der Sozialisation in Schule und Betrieb unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Förderung privater Gewinnaneignung benutzt.

Wir sind allerdings darüber im Klaren, das es vorwiegend die spezifischen Fachkenntnisse der Sozialarbeiter sind, die sie in die Lage versetzen, die manipulierten und um das Bewußtsein ihrer Ausbeutung gebrachten Massen in der Organisation ihres Widerstandes zu unterstützen. Wir geben uns auch nicht der Illusion hin, Sozialarbeiter könnten aus ihrer Berufsrolle heraus den Klassenkampf aktiv gestalten. Wir sehen, das innerhalb der engeren Berufsrolle nur bedingte Möglichkeiten gegeben sind, die Gesetze und materiellen Potenzen, über die sie verfügen, zu Gunsten der Unterdrückten umzufunktionieren. Diese müssen optimal genutzt werden. Dieser Kampf kann nicht in der Vereinzelung und Isolation geführt werden, nur solidarisiert und vereint sind Erfolge zu erreichen. Die unbedingt notwendigen Solidarisierungshilfen gegenüber den unterdrückten Massen sind durch eine Solidarisierung und Zusammenschließung der im Sozialisationsfeld Arbeitenden zu ergänzen und zu verstärken.

Dies ist der erste Schritt zu einer sozialistischen Berufspraxis der Sozialarbeiter.

In diesem Sinne fordern wir alle kritisch Orientierten Sozialarbeiter auf:

Bildet lokale, informelle und projektorientierte Gruppen, die untereinander ein Netz der Zusammenarbeit bilden. So sind die Forderungen dieser Resolution in die Praxis umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	27
Nein	2
Enthaltungen	2

Resolution
der Arbeitsgruppe 2

- Eine Analyse der Einzelkriterien und deren Zusammenstellung zur Unterprivilegierung bleibt ohne den permanenten Bezug zur gesamtgesellschaftlichen Situation und hat ausschließlich theoretischen Charakter.

- Die Suche nach den Ursachen der Unterprivilegierung führt auf bestimmte Gesellschaftsgruppierungen, deren Existenzinteresse es ist, die Unterprivilegiertheit zu erhalten, ständig neu zu produzieren und Emanzipation zu verhindern.

- Die Jugendhilfe verhält sich heute, sowohl in ihrem fürsorgerischen Bereich, dem man allgemein therapeutische Aufgaben zuweist, als auch in ihrem pflegerischen Sektor, dessen prophylaktische Qualitäten man im Unterschied zum Ersteren hervorhebt, systemkonform. Ihre Maßnahmen kommen, wie Mollenhauer sagt, prinzipiell zu spät. Sie reagiert, statt zu agieren; sie gibt sich weitgehend mit Symptomkuren zufrieden; sie handelt gegen das emanzipatorische Interesse ihrer Klienten; sie pflegt und fördert das Vorhandene und trägt bei zur Stabilisierung sozialer Beziehungen.

- Welche Aufgaben sich die Jugendhilfe auch immer stellt, welche sie jemals intensivieren will, sie hat davon auszugehen, das alle Hilfen sinnlos sind, wenn die Ursachen für eine ständige Reproduktion von sozialen Notsituationen nicht beseitigt werden.

- Jugendhilfe heute kann sich nur verstehen als politische Arbeit. Politische Arbeit wurde in der Kurzform als "Politisierung" bezeichnet und folgendes darunter zusammengefaßt: Systemanalyse, Bewußtmachung des Standortes, Hilfen zur Kritikfähigkeit, Hebung der Artikulationsfähigkeit zur Vertretung der eigenen Interessen.

In der Arbeitsgruppe ergaben sich zur Frage der Verwirklichung zwei unterschiedliche Ansätze:

(Fortsetzung Kasten nächste Seite !)

(Fortsetzung von der vorhergehenden Seite !)

a) reformistischer Ansatz

b) revolutionärer Ansatz

a) reformistischer Ansatz

Realistische Möglichkeiten zur Hinführung und Wahrnehmung der Chancengleichheit Unterprivilegierter sollen im Bereich der Jugendhilfe geschaffen werden durch:

1. Errichtung neuer und Unterstützung bestehender Jugendorganisationen unter dem Aspekt der Politisierung mit dem Ziel der Emanzipation Unterprivilegierter.

2. Initiierung von Solidarisierungsprozessen im Bereich der Schule (Schüler - Eltern - Lehrpersonal).

b) revolutionärer Ansatz

Die Veränderung der Unterprivilegierung kann nur erreicht werden durch eine Umverteilung der Produktionsmittel und die Errichtung der Herrschaft des Proletariats.

Dieser Gedanke ist sowohl Zielvorstellung als auch Voraussetzung im gemeinsamen Kampf der Sozialarbeiter mit den Unterprivilegierten. Nur aufgrund dieses Kampfes können folgende Schritte diskutiert und realisiert werden :

1. Gesetzliche Sicherstellung der Ausbildungschancengleichheit und Möglichkeit der Wahrnehmung für die proletarische Jugend.

2. Die Errichtung von Jugendorganisationen, die eindeutig und aktiv am Klassenkampf mitarbeiten.

3. Der gesamte Ausbildungssektor, sowohl der schulische als auch der außerschulische Bereich, vor allem dabei die Hauptschulen, in denen der große Teil der proletarischen Jugend unterdrückt wird, muß aus der Hand des Kapitals herausgenommen und in die Hand des Proletariats überführt werden, durch die eindeutige Solidarisierung der Schüler-Eltern und Lehrer.

R e s o l u t i o n
der Arbeitsgruppe 3
"Berufsausbildung und Jugendhilfe"

Die kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich aus durch den Grundwiderspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ihrer Ergebnisse. Demokratische Verfassungsansprüche haben keine Realisierungschance, solange der sich hieraus ergebende Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut Strukturprinzip dieser Gesellschaft bleibt. Herrschaft als Verfügung über das Kapital bedeutet gleichzeitig Verfügung über die Sozialisations- und Ausbildungsprozesse, mit denen der Herrschaftsanspruch abgesichert wird.

Solange Berufstätigkeit nur der Lebenssicherung durch marktgerechten Verkauf der eigenen Arbeitskraft dient, kann Berufswahl nur abhängig von den Marktbedingungen erfolgen, die das Profitinteresse des Kapitals schafft. Berufsausbildung kann unter diesen Bedingungen nicht Entwicklung der Fähigkeiten zur selbsttätigen Bewältigung des Produktionsprozesses sein, sondern ist Konditionierung von Partialfähigkeiten zur Verwertung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Hier ist als Gegengewicht die selbständige Reflexion über wünschenswerte Ergebnisse der eigenen Arbeit zu befördern.

Solange die Sozialisation im Schulsystem klassenspezifischen Charakter trägt, d.h. die Arbeiterkinder nicht nur fast ausnahmslos wieder Arbeiter werden, sondern auch an der Erkenntnis ihrer Klassenlage gehindert werden, solange dient die Schule der Aufrechterhaltung bestehender Herrschafts- und Klassenstrukturen. Hinter der Ideologie der "originär pädagogischen Maßnahme" und der "Hilfe für den Einzelnen" verbirgt sich die Tatsache, daß Erziehung und Jugendhilfe spezifische Funktionen im Klassenkampf von oben haben, daß sie der Sozialisation und der Regulation im Interesse des herrschenden politisch-ökonomischen Systems dienen.

Sache der Sozialarbeiter und Erzieher ist es, in diesem Kampf Partei zu ergreifen, den Klassenkampf von oben als Realität zu erkennen und zu beantworten mit der Teilnahme am bewußt geführten Klassenkampf von unten, am Kampf gegen das herrschende System. Klassenkampf von oben bezeichnet nicht nur die Ausbeutung der Arbeitskraft im Produktionsbereich, sondern ebenso die Anpassung der Machtlosen und Ausgebeuteten an das System der Werte, Ansprüche und Interessen der herrschenden Klasse. Die Folge ist ein atomisierendes Aufstiegsstreben, eine Jagd nach Status-Fetischen als Ausdruck scheinbaren sozialen Aufstiegs, der aufgrund der Machtverhältnisse real nicht möglich ist.

Dieser ständigen Entfremdung von den eigenen Interessen und der eigenen realen gesellschaftlichen Situation ist nur durch Solidarisierung der Ausgebeuteten und der Entfaltung ihrer eigenen Interessen in kämpferischer Polarisierung der objektiv unversöhnlichen Interessen Herrschender und Beherrschter entgegenzuwirken.

Für die Sozialarbeiter und Erzieher bedeutet das in erster Linie, unter den Lehrlingen und Schülern Solidarisierungs- und Organisierungsprozesse in Gang setzen und vorantreiben zu helfen, die diesen ermöglichen, den Klassenkampf selbständig und bewußt zu führen mit dem Ziel, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse gänzlich abzuschaffen.

Um diesen Kampf zu eröffnen, d.h. die notwendige Veränderung einzuleiten, müssen zunächst unter anderem folgende materielle und organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden:

- Beseitigung des "dualen" Ausbildungssystems - für ein öffentliches Ausbildungssystem unter ausschließlicher Kontrolle der Lohnabhängigen
- 6-Stunden-Arbeitstag und mindestens 500.--DM Ausbildungsvergütung für alle Lehrlinge
- 6 Wochen Urlaub und 4 Wochen bezahlten Bildungsurlaub, den die Lehrlinge selbst organisieren
- mindestens 250.-- DM Ausbildungsvergütung für alle Schüler
- selbstgewählte bezahlte Industriepraktika für alle Schüler der letzten beiden Klassen
- Schaffung selbständiger Schülerkollektive in den Schulen
- Unterstützung aller Ansätze der Selbstorganisation von Schülern und Lehrlingen zur Durchsetzung ihrer Interessen, z.B. Einrichtung von Jugendkommunen.

(von 118 Anwesenden bei 4 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen)

Jugendpolitisches Hearing

Die Schlussveranstaltung der Jugendhilfetages war als "Jugendpolitisches Hearing" geplant, bei dem Vertreter der Regierungen des Bundes und der Länder, Vertreter der CDU/CSU, sowie Delegierte von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom Podium aus öffentlich Stellung nehmen sollten zu Fragen aus dem Auditorium. Die Diskussionsleitung liess von Anfang an nur Fragen zu, die nicht begründet oder länger ausgeführt werden durften. Die Sozialistische Aktion war nicht bereit, die Sachautorität der auf dem Podium Versammelten anzuerkennen - sie war nicht bereit, die Kompetenz aufgrund von Titeln, Diplomen und Dienstjahren anzuerkennen; sie wies deren mangelnde Qualifikation nach an den versäumten Gelegenheiten, bessere Voraussetzungen für eine Praxis der Sozialarbeit zu schaffen, die den tatsächlichen gesellschaftlichen Erfordernissen gerecht wird. Darüber kam es zu einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte, die mit dem Beschluss endete, das Hearing in der geplanten Form stattfinden zu lassen. Auf unsere Fragen, die sich speziell bezogen auf bisherige und geplante Massnahmen zur Verbesserung der Sozialisationsbedingungen von proletarischen Kindern, flüchteten sich die Herren auf dem Podium in allgemeine, schwammige Phrasen. Besonders beliebt war es, sich hinter noch zu schaffenden Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu verschanzen, um so die Diskussion auf eine formale und bürokratische Ebene abzuschieben. Damit war dokumentiert, dass das Podium einer inhaltlichen Auseinandersetzung nicht gewachsen war. Deshalb forderte die Sozialistische Aktion die Erweiterung des Podiums um Reinhart W o l f f, was zum Teil heftige Proteste auf dem Podium und im Saal zur Folge hatte. Die Argumentation der Reaktionäre reduzierte sich auf Sprechchöre wie "Apo raus!", die getragen wurden von Trompetenklängen und Scharen von extra zu diesem Anlass mit vielen Bussen herangeschleppten Nonnen, katholischen Jugendgruppen und Jung-Unionlern. Hier starb endgültig der in Nürnberg propagierte Anspruch auf Progressivität; die Reaktion fiel auf ihr tatsächliches Niveau zurück. Uns konnte es in Anbetracht der zahlenmässigen Unterlegenheit nicht mehr gelingen, dem Hearing eine inhaltlich angemessene Form zu geben. Die von einem Tontechniker abgespielten Walzerklänge führten zum Ende des Kongresses, der von der Diskussionsleitung nur noch mit Mühe verkündet werden konnte.

Entgegen den vorangehenden Veranstaltungen, bei denen es der Sozialistischen Aktion in der Regel gelungen war, durch inhaltliche Argumentation zu überzeugen, war ein solches Vorgehen bei der Schlussveranstaltung nicht mehr möglich. Die Sozialistische Aktion stand nur noch vor der Alternative, das Hearing in der von der AGJJ geplanten Weise ablaufen zu lassen oder aber es durch einen antiautoritären Akt zu beenden - doch die erstere Möglichkeit konnte nicht in unserem Sinne sein.

Zur Organisationsfrage

Sozialistische Sozialarbeiter und Sozialpädagogen haben bisher in Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Basisgruppen versucht, organisatorische Konsequenzen zu ziehen aus der Unmöglichkeit, individuell am Arbeitsplatz systemsprengende Reformen zu praktizieren und durchzusetzen.

- Die Arbeit in den Gewerkschaften hat jedoch deren strikte Beschränkung auf Lohnpolitik nicht durchbrechen können, zum Teil auch deshalb, weil Ansätze zur Ausweitung auf Gesellschaftspolitik und Arbeitsplatzpolitik nur lokal und nicht überregional getragen wurden.

- Die Arbeit in den Berufsorganisationen blieb auf standespolitische Aktivitäten beschränkt, die zwar z.B. den Ausbildungsstand der Sozialarbeiter und -pädagogen heben, nicht aber deren Arbeit selbst verbessern und politisieren konnten.

- Die bisherige Arbeit der Basisorganisationen hat zwar einige politische Erfolge erzielen können, die aber irrelevant blieben, da sie ohne Zusammenhang und Koordination untereinander arbeiteten, eine einheitliche Strategie in den notwendig überregionalen Bereichen der Gewerkschafts- und Ausbildungspolitik nicht entwickelten und frustriert von ihrem Beruf, sich in Utopien flüchteten.

Aus diesen Erfahrungen müssen jetzt Konsequenzen gezogen werden, es muß ermöglicht werden, daß die verstreuten Gruppen auf lokaler Ebene voneinander profitieren und auf überregionaler Ebene verbindlich zusammenarbeiten können. Ein weitergehender Zusammenschluß wäre heute verfrüht, da eine einheitliche Strategie der sozialistischen Praxis im sozialen Sektor nicht verbindlich vorausgesetzt werden kann. Die jetzt anzustrebende Kooperation sollte aber, um Vorstufe zu einer solchen Organisation zu sein, einerseits eine Vereinheitlichung der Strategiebildungen durch allgemeine und intensive Diskussion und Schulung zum Ziel haben, andererseits sich zur Aufgabe machen, alle noch so reformistischen und liberalen Gruppen an sich heranzuziehen, um nicht ihre sozialistische Zielsetzung zu gefährden.

Von daher leiten sich folgende Prinzipien her, die die mittelfristige Perspektive der Kooperation bestimmen sollen, und deren Anerkennung die teilnehmenden Gruppen zur Mitarbeit und zur Befolgung mehrheitlicher Beschlüsse verpflichten muß:

1) Die Arbeit der kooperierenden Gruppen ist Teil der Arbeit der nichtrevisionistischen Linken.

2) Die Gruppen arbeiten sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Institutionen (Stadtteilarbeit und deren Abstützung innerhalb der Institutionen, Reform der institutionellen Sozialarbeit und Kampf gegen die Politik der Gewerkschaften und Standesorganisationen. Verbesserung der institutionellen Aus- und Weiterbildung sowie Organisation von Gegenausbildung und Schulung.)

3) Die Gruppen sind offen für alle, die sich an ihrer Arbeit beteiligen, sie sind keine Standesorganisationen der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen.

4) Die Kooperation erstreckt sich auf die Vermittlung von Erfahrungen aus der lokalen Arbeit und auf die gegenseitige Kritik und Selbstkritik von Theorie und Praxis.

5) Die Kooperation erstreckt sich weiterhin auf verpflichtende Mitarbeit an überregionalen Kampagnen, z.B. in der Gewerkschafts- und

Ausbildungspolitik.

6) Ein Informations- und Diskussionsorgan stellt die ständige Verbindung zwischen den Gruppen her.

7) Zur Finanzierung der überregionalen Arbeit werden Mitgliedsbeiträge von allen Gruppen erhoben.

Diese Kooperation, deren Beginn die "Sozialistische Aktionsgruppe Jugendhilfetag" werden kann, sollte durch folgende organisatorische Schritte weitergeführt werden:

1. Anerkennung der "Prinzipien".
2. Bildung eines ständigen Koordinationsausschusses bzw. Planung regelmäßiger Delegiertentreffen aller Gruppen.
3. Gründung eines Informations- und Diskussionsorgans, Festlegung und Planung von Richtlinien, Redaktion und Vertrieb.
4. Planung und Durchführung von Kampagnen.
5. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge.

Antrag AKS Berlin

Spendenkonto

Wir bitten, S p e n d e n und U n k o s t e n b e i t r ä g e einzuzahlen auf das Postscheckkonto Berlin-West 10 10 85 (Manfred Rabatsch - Sonderkonto -).

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:
R e d a k t i o n s k o l l e k t i v , Eve Bösser.
Anschrift der Redaktion:
SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ
1000 B e r l i n 12
Kantstr. 71 II, Tel.: (0311) 31 74 32

in dieser Ausgabe: